



Evangelische

Verantwortung

Zukunft für Deutschland

Auf dem Weg zur sozialen Einheit

Norbert Blüm

Ein gemeinsames Deutschland darf nicht nur eine Wirtschafts- und Währungsunion umfassen. Es muß auch eine gemeinsame Sozialordnung haben. Unsere Aufgabe lautet, den einigen Sozialstaat Deutschland zu schaffen. Denn sozialer Friede ist unverzichtbare Rahmenbedingung für wirtschaftlichen Erfolg, soziale Sicherheit unverzichtbare Voraussetzung dafür, daß die Einheit zum Gewinn für alle wird.

Zunächst müssen wir die dringendsten sozialen Probleme lösen, damit die Menschen in ihrer Heimat eine Zukunft sehen. Dazu gehört, die Kaufkraft der Löhne und Renten zu sichern, Arbeitslosen einen angemessenen Ausgleich sowie berufliche Qualifikation zu geben, die Fürsorge durch ein System der Sozialhilfe zu ersetzen zur Sicherung der Existenz.

Vir bieten dazu konkrete personelle und organisatorische Hilfen an. Und wir bieten eine Anschubfinanzierung an für die neu zu gestaltenden beitragsfinanzierten sozialen Sicherungssysteme der Arbeitslosen- und Rentenversicherung. Um die zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung in der DDR bereits in Angriff genommenen Hilfen zu intensivieren, haben wir darüber hinaus bereits Mittel für moderne Geräte und Ausstattungen von über 300 Mio. DM im Haushalt 1990 bereitgestellt; sie sollen im Nachtragshaushalt auf fast 1 Mrd. DM aufgestockt werden.

Prozeß des wirtschaftlichen Strukturwandels sozial abfedern

Seit Anfang Januar verhandeln wir über konkrete Schritte und Hilfen zum Aufbau einer Arbeitsverwaltung. Unser Angebot: Enge Kooperation, institutionelle und personelle Unterstützungs- und Finanzierungshilfen. Wir schlagen vor, in drei Schritten 1. eine finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit, 2. ein Qualifikations- und Vermittlungssystem nach dem Motto

„Arbeit geht vor Leistung bei Arbeitslosigkeit“ und 3. zeitgleich mit dem zweiten Schritt die Beitragsfinanzierung der Arbeitslosenversicherung einzuführen. Den ersten Schritt hat die DDR vor kurzem vollzogen. Die beiden anderen müssen zusammen mit umfassenden Wirtschaftsreformen bald folgen. Es geht darum, rasch neue Arbeitsplätze zu schaffen und den Prozeß des wirtschaftlichen Strukturwandels sozial abzufedern.

Wir verhandeln darüber hinaus über eine Angleichung der sehr unterschiedlichen Rentensysteme. Dabei schlagen wir vor, den bewährten Prinzipien unserer Rentenversicherung auch in der DDR auch Geltung zu verschaffen:



Bundesminister Dr. Norbert Blüm: Konkrete personelle und organisatorische Hilfen anbieten.

Liebe Leser,

als Tausende aus der DDR den Grenzzaun zwischen Ungarn und Österreich durchbrachen, als andere über den Zaun der deutschen Botschaft in Prag kletterten, da wollten sie frei sein.

Als Hunderttausende nach der Öffnung der Mauer hin und her über die plötzlich unwichtig gewordene Grenze gingen, da wollten sie Freiheit erleben, nachdem sie Jahrzehnte der Unfreiheit erlitten hatten. Sie zeigten aller Welt, daß die Deutschen ein Volk sind, das auf Dauer nicht getrennt sein kann.

Nun geht es darum, in der DDR eine neue Ordnung der Freiheit zu schaffen; es geht um eine Ordnung für die wiedergewonnene Einheit in der Gemeinschaft Europas.

Christen fragen nun nach dem rechten Verständnis von Freiheit und Einheit und ihren Ordnungen. Darüber wollen wir auf unserer Bundestagung in Wuppertal nachdenken.

Albrecht Martin

Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

- Lohn- und Beitragsbezogenheit der Renten,
- Anbindung an Löhne und Gehälter (Dynamisierung),
- Lebensstandardsicherung.

Rente muß auch in der DDR zum Alterslohn für Lebens-Beitrags-Leistung werden und im Alter den Lebensstandard sichern. Dabei lassen wir uns von der Überlegung leiten, daß die laufenden Renten in der DDR in demselben Verhältnis wie die Arbeitsverdienste auf DM umgestellt werden. Diese umgestellten Renten könnten zur sozialen Abfederung der zu erwartenden Preisveränderungen angehoben werden. Das würde zugleich die Bereitschaft der Rentner stärken, in der DDR zu bleiben. Richtschnur für diese Erhöhung könnte bei einem Rentner mit 45 Versicherungsjahren ein Rentenniveau von 70% des Nettoarbeitsverdienstes eines vergleichbaren Aktiven in der DDR sein.

Die so erhöhten Renten müßten wie bei uns an die Entwicklung der verfügbaren Arbeitnehmerverdienste angebunden werden. Ich bin davon überzeugt, daß die Renten bei Einführung der sozialen Marktwirtschaft in der DDR kräftig steigen werden: durch die Leistung der erwerbstätigen Generation, durch eine vom Staat unabhängige, beitragsfinanzierte Rentenversicherung mit Renten, die eigentumsähnlich geschützt sind.

Perspektiven und Chancen

Zur sozialen Marktwirtschaft und zur sozialen Einheit gehört darüber hinaus, daß umgehend die nötigen Rahmenbedingungen geschaffen werden auch für unabhängige Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, für Mitbestimmung und Betriebsräte, für die Einführung eines umfassenden Arbeits- und Gesundheitsschutzes sowie für den Aufbau einer Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit mit unabhängigen Berufs- und ehrenamtlichen Richtern.

Ich sehe zwei zusätzliche Chancen:

1. Jetzt ist in der DDR die Stunde für eine breite Vermögensbeteiligung in Arbeitnehmerhand. Der einfachste Weg

hierzu ist – wie vom Sachverständigenrat in seinem Sondergutachten vorgeschlagen – die Umwandlung der Staatsbetriebe in Kapitalgesellschaften, deren Anteil die Arbeitnehmer unabhängig von der Betriebszugehörigkeit erwerben können.

2. Außerdem sehe ich die Stunde gekommen, um aus unseren Landsleuten ein Volk von Wohnungseigentümern zu machen. „Eigentum macht frei“ – diese Weisheit des Volksmunds könnte großen Segen bringen. Unsere Landsleute sollten gekoppelt mit der Währungsunion gegen einen angemessenen Preis ihre Wohnungen als Eigentum erwerben können. Das würde einen enormen Grundstock sozialer Sicherheit schaffen. Die neuen Eigentümer könnten neu zu gründende Umlagen- und Renovierungsfonds selbst verwalten.

Niemand in der DDR braucht Angst zu haben! Die Chancen unserer Landsleute und unsere Chancen sind zehnmal größer als die Risiken, wenn alle tatkräftig anpacken und wenn wir gezielt Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Die durch die Einheit zu erreichenden Synergieeffekte werden unser eigenes Vaterland sehr bald zu einem blühenden Gemeinschaftsunternehmen machen, das allen Beteiligten Wohlstand, hohe soziale Sicherheit und einen wirksamen Schutz unserer natürlichen Lebensbedingungen bringen wird. Das ist die Perspektive. Dafür lohnt es sich, sich einzusetzen.

Bürgerinitiative „Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche“

45 Jahre nach ihrer Zerstörung ist auch für uns die Zeit herangereift, die Frauenkirche als einen verpflichtenden Besitz der europäischen Kultur wiedererstehen zu lassen.

Darum rufen wir aus Dresden um Hilfe.

**Spendenkonto 38888
Dresdner Bank
Frankfurt/Main
BLZ 500 800 00**

Familienunterstützende Einrichtungen – eine kommunalpolitische Aufgabe –

Ursula Männle

„Familie“ wird zur Zeit groß plakatiert. Kinder bringen – so ein Slogan – mehr Freude ins Leben. An Werbung für die Familie fehlt es keineswegs. Auch die neuesten Umfragedaten signalisieren: „Familie“ genießt auf der Wunschliste der jüngeren Generation einen Spitzenplatz. Also: Hochkonjunktur für die Familien?

Ein kurzer Blick in das Statistische Jahrbuch 1989 dämpft die euphorische Stimmung. Für das Jahr 1988 werden ausgewiesen: 23,4 Mio. Familien*, davon 12,9 Mio. ohne Kinder. Etwas weniger als die Hälfte – 6,3 Mio. – stellen die kinderlosen Ehepaare dar. Das Gros der Familien mit Kindern (10,4 Mio.) bilden die „Ein-Kind-Familien“ (5,4 Mio.); in nur 304 000 Familien leben dagegen vier oder mehr Kinder. 1,9 Mio. sind Familien mit alleinstehenden Bezugspersonen, die überwiegende Zahl (1,6) mit weiblichen.

Sozio-ökonomische Rahmenbedingungen der Familie

Schon die wenigen statistischen Angaben zeigen, daß es notwendig ist, von Familie stets im Plural zu sprechen. Auch die Geschichte der Familie und die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen müssen bedacht werden:

Die Funktionen und Strukturen von Familien haben sich im Zuge der Industrialisierung, insbesondere aufgrund der Trennung von privater und öffentlich-wirtschaftlicher Sphäre grundlegend gewandelt. Demographische Veränderungen und Verschiebungen im gesellschaftlichen Bewußtsein, vorwiegend hinsichtlich der Rollenerwartungen von Frauen, beeinflussen erheblich das Innenleben von Familien und deren Beziehungen zur Außenwelt.

Familien sind vielschichtige, sich wandelnde soziale Gebilde mit unterschiedlicher Binnenstruktur und Problemlage. Eine – wenn auch nur rhetorische – Homogenisierung verbietet sich. Mehr denn je zeichnen

Form- und Problemvielfalt die Situation von Familien aus, auf die Familienpolitik reagieren muß und soll, wollen die Verantwortlichen dem grundgesetzlichen Gebot (Art. 6 GG) gerecht werden.



Prof. Ursula Männle: „Den Worten müssen endlich Taten folgen“.

Die Frage nach den Inhalten staatlicher Familienpolitik ist nicht leicht zu beantworten: Familienpolitik ist keine Ressortpolitik. Die Adressaten sind von Entscheidungen fast aller Fächersorten direkt oder indirekt betroffen. Durch die Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik i. e. S. werden wichtige Daten für das materielle Wohlergehen von Familien gesetzt; bei der Arbeitsmarktpolitik geht es um die Existenzsicherung unserer Familien, aber auch um die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier überschneiden sich überaus deutlich Frauen- und Familienpolitik. Umwelt-, Verkehrs-, Wohnungs- und Städtebaupolitik beeinflussen in erheblichem Maße die Lebenssituation und -qualität der Familien und somit indirekt deren Leistungskraft.

Familienpolitik ist ein tragender Pfeiler einer umfassenden Gesellschaftspolitik. Eine Ressort- bzw. Ausschußzuordnung kann daher nur bedeuten: Institutionalisierung der Stimme der Familie.

Politiker und Parlamentarier, die sich als „Fachleute“ für die „Familie“ ausweisen wollen, müssen in allen Bereichen als Anwälte für die Familien auftreten, und zwar durch ständige Überprüfung und Kontrolle der politischen Maßnahmen unter dem Aspekt ihrer Auswirkungen für die Familien, durch Initiierung wichtiger politischer und gesetzgeberischer Vorlagen sowie Aufklärungsarbeit und Bewußtseinsbildung. Mit der „Allgegenwart“ der Familienpolitik auf der horizontalen Ebene (Familienpolitik als ressortübergreifendes Politikfeld, als Querschnittspolitik) muß aber auch eine „Allgegenwart“ auf der vertikalen Ebene (Bund, Land, Kommune) einhergehen.

Chance der bürgernahen Politik

So wichtig finanzielle Leistungen des Bundes – wie Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub, Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung, Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages, Baukindergeld usw. – sind, so unabdingbar ist eine lebensnah gestaltete ideelle und materielle Unterstützung auf der Kommunalebene. Die kleinste soziale Einheit bedarf der verstärkten Hilfe seitens der kleinsten politischen Einheiten, wie Gemeinde- und Kreisparlamente. Hier bietet sich die Chance, den schon fast inflationär gebrauchten Begriff der „bürgernahen Politik“ mit Leben zu füllen, ja eine neue Form von Betroffenendemokratie auf kommunaler und regionaler Ebene zu entwickeln.

Dies verlangt von den Familien eine deutlichere Vertretung ihrer Interessen, organisiertes Handeln, ein nach außen dokumentiertes „Wir-Gefühl“, gezieltes und öffentlich vernehmbares Lobbying, ohne welches sich in der Politik oft wenig bewegt. Die politisch Verantwortlichen in den Kommunen müssen umdenken, Familie auch als Ganzes sehen, nicht nur eine an den in den Familien lebenden Individuen ausgerichtete Politik – z. B. Jugend- und Seniorenpolitik – betreiben, sondern diese spezifischen Politikbereiche auch unter dem Gesichtspunkt der Konsequenzen für die familiäre Lebenssituation reflektieren und koordinieren.



Foto: Franz E. Möller

Institutionalisierung von Mitwirkungsrechten der „Familie“

Ein wichtiger Schritt zur konzeptionellen Entwicklung einer familiengerechten Politik ist die Institutionalisierung von Mitwirkungsrechten „der Familie“ in politisch-parlamentarischen Entscheidungsprozessen, z. B. in Form eines Familienbeirats.

Als Arbeitsgrundlage sollte eine umfassende Bestandsaufnahme vorgenommen werden, z. B. ein Bericht über die Situation von Familien mit einer Kurzbeschreibung der Familienstrukturen, der finanziellen Lage, der Wohnsituation, der besonderen Belastungsprobleme (z. B. Pflegebedürftige, Kranke, Behinderte in den Familien) erstellt werden. Ferner sollte als Ausgangspunkt für künftige Programmplanung und als Übersicht für die Familien eine Zusammenstellung der z. Z. angebotenen Hilfen und Einrichtungen für die Familien aufgenommen werden, die auch die Bundes- und Landeshilfen einschließt.

Die Stadt Münster hat hier durch ihren umfangreichen Familienreport Beispielhaftes und Nachahmenswertes geleistet. Dies trägt wesentlich dazu bei, die politische Prioritätenliste in den Kommunen neu zu überdenken. Was genießt Vorrang: der neue Sportplatz, Repräsentationsbauten oder Kindergärten, Jugend- und Mütterzentren, Familienfreizeitstätten?

Welche familienpolitischen Initiativen können die Kommunen entwickeln? Dazu nur einige Beispiele:

1. Familienpässe z. B. für Familien mit einem oder mehreren Kindern und für Alleinerziehende, welche die Betroffenen zu Vergünstigungen bei Preisen für kommunale Angebote und Dienstleistungen – kulturelle Einrichtungen, Veranstaltungen der kommunalen Träger, Vereine usw. – berechtigen. Insbesondere in ländlichen Gebieten mit geringer Infrastruktur wäre ein Verbundsystem, d. h. wechselseitige Anerkennung der Familienpässe der einzelnen Gemeinden, wünschenswert.

2. Ausbau einer familiengerechten Infrastruktur. Insbesondere in den letzten Monaten ist ein heftiger Streit über die Frage nach ausreichenden Angeboten familienunterstützender und -ergänzender Kinderbetreuungsmöglichkeiten, wie Kinderkrippen, Kindergärten und Kindertagesstätten, entbrannt. In die Schlagzeilen geriet das Tauziehen zwischen Bonn und den Bundesländern hinsichtlich des im Referentenentwurf für ein neues Jugendhilfegesetz vorgesehenen Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz für alle Drei- bis Sechsjährigen.

Das negative Votum einiger Bundesländer führte schließlich – leider – zu einer erheblichen Modifikation, zu einer Soll-Vorschrift an die Adresse der Länder. Angesichts der steigenden Zahl von Alleinerziehenden, von „Ein-Kind-Familien“, von erwerbstätigen Müttern mit Kleinkindern ist im Interesse der betroffenen Erziehungsberechtigten, aber auch im Interesse der Kinder (soziale Kontakte, Einübung solidarischen Verhaltens) staatliches Handeln auf der Kommunalebene notwendiger denn je. Den unterschiedlichen Lebens- und Bedürfnissituationen von Familien muß durch eine Pluralität von Angeboten Rechnung getragen werden: Krabbelstuben, Kindergärten mit flexiblen Öffnungszeiten, Tageseinrichtungen, Angebote der Schulen für die unterrichtsfreie Zeit, Förderung von Elternselbsthilfegruppen usw.

Nachbarschaft – ein fast schon nostalgisch gefärbtes Wort, vielfach als historisches Erinnerungstück gehandelt – muß reaktiviert und rekultiviert werden. Kleine soziale Netze könnten entstehen, Hilfen über die engen Grenzen der Familien hinaus, „organisiertes“ solidarisches Leben vor Ort.

3. Aufbau und Erweiterung themenspezifischer Beratungsstellen für Familien, die stärker problempräventiv ausgerichtet sein sollten, und zwar in den Bereichen Erziehung, Gesundheit, insbesondere Drogenkonsum, Verbraucherfragen, Schulden usw.

4. Die demographischen Veränderungen in unserer Gesellschaft, die zunehmende Zahl älterer Mitbürger und Mitbürger-

rinnen, haben auch einen Bewußtseinswandel bezüglich der Notwendigkeit und Bedeutung von Familien ausgelöst. Krankte unsere Gesellschaft an der Fixierung auf die außerhäusliche (Erwerbs-)Arbeitswelt? Bedenken wir die sozialen Folgekosten einer Destabilisierung oder gar Auflösung von „Familie“ als eines auf Solidarität aufgebauten Lebensverbandes?

Die Leistung von Familien, und hier insbesondere von Frauen, die ältere, kranke und behinderte Menschen pflegen und betreuen, wird oft verkannt. Ambulante Pflegedienste, aber auch Besuchs- und Betreuungsdienste der Mitbürger könnten wesentliche Erleichterungen für die Betroffenen bieten.

5. Mehr qualifizierte Teilarbeitsplätze für Frauen und Männer – die Kommunen als Arbeitgeber!

Viele Frauen müssen sich immer noch für das „Entweder-Oder“ entscheiden, unfreiwillig die Gefahren einer möglichen beruflichen Einbahnstraße in Kauf nehmen, wenn sie nicht auf Familie und Kinder verzichten möchten. Der Ruf nach Teilzeitarbeit wird immer lauter, und zwar nach qualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen. Trotz zahlreicher Untersuchungen, die die Teilbarkeit von Aufgaben auch in Führungspositionen belegen, sträuben sich viele Arbeitgeber mit dem (fadenscheinigen) Argument „nicht durchführbar“.

Die Kommunen könnten hier wichtige Vorbildfunktion übernehmen. Warum wagt es nur eine kleine Minderheit, die Stellenausschreibungen mit dem ausdrücklichen Hinweis „die Stelle ist teilbar“ zu versehen?

Wende in der kommunalen Familienpolitik?

Die wenigen Beispiele geben nur einen winzigen Ausschnitt aus dem Mosaik von familienpolitischen Maßnahmen der Kommunen wieder. Das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, welches im Februar 1989 eine Tagung „Initiativen für Familien in Stadt und Land – Möglichkeiten örtlicher und regionaler Familienpolitik“ durchführte, an die sich eine Reihe von Workshops

zu Themen wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wirtschaftliche Entlastung von Familien, familiengerechtes Wohnen, familienfreundliche Wohnumgebung, Gesundheitsvorsorge, Fragen der Bildung und Beratung anschloß, wird im Herbst d. J. ein Handbuch familienpolitischer Initiativen vorstellen. Der Start für eine

Wende in der kommunalen Familienpolitik? An Anregungen fehlt es nicht. Den Worten müssen aber endlich Taten folgen.

* Familie: Familien sind Ehepaare bzw. alleinstehende Väter oder Mütter, die mit ihren ledigen Kindern zusammenleben (Zweigenerationenfamilie) in der Familienstatistik wird von einem idealtypisch abgegrenzten Familien-

zyklus ausgegangen, das bedeutet, daß als Familie auch Ehepaare vor der Geburt eines Kindes gelten.

Ann.:

Prof. Ursula Männle MdB ist stellvertretende Vorsitzende des Bundestagsausschusses Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit und Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU Bundestagsfraktion.

Mißbrauch von Kindern – Aufklärungsmöglichkeiten und Schutzmaßnahmen

Anton Pfeifer

Der erste Ort, an dem Kinder Geborgenheit, Schutz, menschliche Begegnung, Hilfe und Erfüllung grundlegender Lebensbedürfnisse suchen und finden, ist die Familie. Es kommt aber auch immer wieder vor, daß in unserer Gesellschaft Familien in Konflikte oder auch in Krisen geraten können, deren Bewältigung die Eigenkräfte übersteigen.

Solche Überforderungssituationen führen leider je nach Problemkonstellationen immer wieder auch zu außergewöhnlichen Reaktionen bis hin zur Vernachlässigung von Kindern, Fehlverhalten gegenüber Kindern oder Mißhandlungen von Kindern. Immer wieder werden wir mit Berichten konfrontiert, die darstellen, wie Eltern sich zu Gewalttaten hinreißen lassen, weil sie mit ihrem eigenen Leben wegen massiver Berufs-, Partner- und Selbstwertprobleme nicht zurechtkommen.

Besonders gravierend dabei sind Berichte über Mißhandlung von Kindern durch körperliche Gewalt, seelisches Quälen oder Demütigen, durch Vernachlässigung oder Ablehnung oder durch sexuelle Handlungen an Kindern von Erwachsenen. In allen diesen Fällen erlebt das Kind, das in seiner Beziehung zu den Eltern, zu seinen Erziehern und zu den Erwachsenen Zuneigung, Schutz, Trost, Ermütigung und Rückhalt erwartet, das Gegenteil, nämlich, daß es bedroht, angegriffen und verletzt wird. Es kann sich wegen der Übermacht der Erwachsenen nicht verteidigen oder weglassen. Es will aber auch seine Bindung an die Eltern nicht verlieren.

Maßnahmen zur Verminderung von Konflikten in der Familie

Solcher „Gewalt gegen Kinder“ müssen wir mit einer Reihe unterschiedlicher Maßnahmen wirksam begegnen.

Eine zunehmende Sensibilisierung gegenüber Gewalttätigkeiten in der letzten Zeit hat den positiven Effekt, daß die Verhinderung von Gewalt in der Familie zunehmend als Aufgabe erkannt wird. – Das gilt auch für die Politik!



Anton Pfeifer, Parlamentarischer Staatssekretär: Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch Aufklärung ist nötig.

Jeder Beitrag zur Entlastung und Unterstützung von Familien ist auch ein Beitrag zur Verminderung von Konflikten in der Familie als auslösendes Moment für Gewalt gegen Kinder. Deshalb ist Ziel politischen Handelns, Familien so zu stützen, zu stärken und zu fördern, daß sie in die Lage versetzt werden, – wo nötig – mit fachlicher Bera-

tung und Hilfe, Probleme aus eigener Kraft zu bewältigen.

Neben den familienpolitischen Verbesserungen beim Kindergeld, Kindergeldzuschlag, Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub, bei den Steuerfreibeträgen, in der Sozialhilfe, bei der Wohnungsförderung usw. zielen auch die Aktionen des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit „Mit Kindern leben“ und „Kinder machen Freude und bereichern das Leben“ auf positive Veränderungen von Einstellungen zu Familien mit Kindern. Gezielte Öffentlichkeitsarbeit und **Aufklärung über Mißhandlungen und Vernachlässigungen** sollen die Mitwelt der betroffenen Kinder aufmerksam machen und für Hilfsmöglichkeiten sensibilisieren. Ganz entscheidend ist aber Förderung von Kinderschutzarbeit in Kommunen, Ländern und Bund.

Verbesserung der Prävention

Im Rahmen seiner Förderungskompetenz fördert der Bund Modellprojekte unterschiedlicher Träger, um die Voraussetzungen für Prävention und Hilfe zu verbessern. Dabei geht es z. B. um die Entwicklung und Erprobung differenzierter, den jeweiligen Überforderungssituationen angemessener Hilfe-konzepte und um die Qualifizierung der Fachkräfte und Laienhelfer.

Das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit hat von 1983–1989 allein für Modellmaßnahmen im

Zusammenhang mit Gewalt gegen Kinder 6 Mio DM ausgegeben und wird 1990 1,2 Mio DM für Projekte in diesem Bereich zur Verfügung stellen. Darüber hinaus wird 1990 ein internationaler Kongreß in Hamburg mitgefördert, der durch den **Erfahrungsaustausch über die verschiedenen Konzeptionen der Länder** und Forschungsergebnisse der Wissenschaft zur Verbesserung der Prävention und Behandlung von Kindern beitragen will, die von Mißhandlung betroffen waren.

Weiterhin gibt es inzwischen auf der örtlichen Ebene ein breit gefächertes Netzwerk an allgemeinen und speziellen Hilfen öffentlicher und freier Träger, z. B. Kinderschutzzentren, ärztliche Beratungsstellen, Kinder- oder Sorgentelefon, Kinder- und Jugendschutzstellen, Mädchenhäuser, Zufluchtsstätten, Sozialpädagogische Familienhilfe, Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen usw., die es weiter auszubauen gilt.

Auch die Reform des Kinder- und Jugendhilfegesetzes geht von dem Leitgedanken **„Prävention vor Rehabilitation“** aus. Ein Hauptziel des neuen Kinder- und Jugendhilfegesetzes ist es, die Erziehungskraft der Familie zu stärken. Daneben ist ein breit gefächertes Hilfespektrum für Kinder und Jugendliche, insbesondere für ihre Entfaltung zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten vorgesehen.

Zur Verbesserung des Kinderschutzes und der Qualifizierung der Hilfen sind insbesondere notwendig:

1. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien durch familienpolitische Leistungen, Bildungsangebote für Eltern, mehr Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Ausbau des Beratungsangebotes für Kinder als Entlastung für Eltern und durch die Vorbereitung junger Menschen auf Ehe und Familie, in Schule und Jugendarbeit.
2. Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch Aufklärung.
3. Der Ausbau des Helfersystems auf der kommunalen Ebene.

4. Die quantitative und qualitative Verbesserung der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Fachkräfte.
5. Die Krisenberatung und Unterstützung von Familien durch Trennungs- und Scheidungsberatung sowie durch Schwangerschaftskonfliktberatung und Hilfe für schwangere Frauen in Not.

Ausblick

Genauso wichtig ist die Hilfe für Kinder und ihre Familien. Dabei stehen im Vordergrund sozialpädagogische Familienhilfen, entsprechende Beratung unter Einschluß von ärztlichen Beratungsstellen. Denkbar sind mehr Kinderschutzhäuser sowie Einrichtungen der Therapie für Kinder und der Therapie für Eltern, sowohl stationär als auch ambulant in Einzel- oder Gruppenarbeit. Bewährt haben sich Mutter-Kind-Einrichtungen und Frauenhäuser, Selbsthilfegruppen und Familien-Aufnahme-Einrichtungen mit heilpädagogischen und therapeutischen Hilfen.

Die Gerechtigkeit in der Welt, und wie können wir sie verwirklichen?

Wolfgang Schäuble

Die Frage, wie wir die Gerechtigkeit heute in der Welt verwirklichen können, ist die Frage nach den großen Herausforderungen unserer Zeit: Nach Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung. Das sind nicht nur die Themen der Stuttgarter Erklärung. „Die Schöpfung bewahren, die Zukunft gewinnen“: Das war auch die Überschrift der Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl im März 1987.

Der Wahlspruch der Französischen Revolution hieß „Liberté, Egalité, Fraternité“, „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“. Wir sprechen in der CDU in unserem Grundsatzprogramm von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit.

Wir setzen Gleichheit aus der Französischen Revolution gleich mit Gerechtigkeit. Ich glaube, es bedarf des Gleichgewichtes innerhalb der Trias von Freiheit, von Gerechtigkeit und Brüderlichkeit, die wir jetzt Solidarität nennen. Aber es bedarf eines Maßstabes, um zu bestimmen, wie dieses Gleichgewicht hergestellt werden kann. Diesen

werden kann. Denn nach unserer Überzeugung ist der Mensch nicht stark genug, aus eigener Kraft in einer Ordnung der Freiheit dauerhaft und in einem Zustand der Stabilität zu leben, weil er ein sündiger Mensch ist. Er braucht daher Ordnungen.

Balance zwischen Freiheit und Ordnung

Wir brauchen deshalb eine Balance zwischen Freiheit und Ordnung. Wir brauchen auch einen Grundkonsens und Grundwerte. Sie sind in unserem Grundgesetz enthalten, mit den Grundrechten, von der unantastbaren Menschenwürde über die Freiheitsrechte bis hin zum Gleichheitssatz, der übrigens auch sagt, daß Ungleiches ungleich behandelt werden muß. All diese Grundrechte, aber auch die Institutionen unseres freiheitlichen, demokratischen und sozialen Verfassungsstaates gründen sich schon in unserem christlichen Menschenbild, in dem Bild von jedem Menschen als einem unverwechselbaren Geschöpf Gottes.

Die Zusammenhänge zwischen Freiheit und Ordnung, zwischen Gerechtigkeit und ihrer Verwirklichung, läßt sich an der Neuregelung des Ausländerrechts als aktuellem Beispiel zeigen: Ich lege es vor, weil die rechtlichen Bedingungen, unter denen Ausländer hier leben können, klarer, berechenbarer, sicherer werden müssen. Denn wir sind für den inneren Frieden verantwortlich. Dazu gehört auch ein friedliches Zusammenleben von deutschen und ausländischen Bürgern in der Bundesrepublik Deutschland. Dafür muß das Ausländergesetz neu formuliert werden, muß klare Rechtsansprüche, berechenbare Positionen schaffen.

§ 16

Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung

(1) Müttern und Vätern soll im Rahmen der Jugendhilfe Beratung in Fragen der Partnerschaft angeboten werden, wenn sie für ein Kind oder einen Jugendlichen zu sorgen haben oder tatsächlich sorgen. Die Beratung soll

1. sie befähigen, Spannungen und Krisen in der Familie zu bewältigen,
2. helfen, im Falle der Trennung die Bedingungen für eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen förderliche Wahrnehmung der Elternverantwortung zu erarbeiten.

(2) Im Falle der Trennung sollen Eltern bei der Entwicklung eines einvernehmlichen Konzepts für die Wahrnehmung der elterlichen Sorge unterstützt werden, das als Grundlage für die richterliche Entscheidung über das Sorgerecht nach der Trennung und Scheidung dient.

(aus: Gesetzentwurf der Bundesregierung [1. 12. 1989] zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts)

Über mögliche Maßnahmen in konkreten Situationen sollte jedoch nie vergessen werden, daß eine insgesamt familienlastende gesellschaftliche Situation die beste Prophylaxe zur Vermeidung von Gewalt in Familien ist.

Anm.:
Anton Pfeifer MdB ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.

Maßstab braucht jede freiheitliche Verfassung. Denn Freiheit und eine freiheitliche Ordnung funktionieren auf Dauer nicht von allein. Sie wollen gepflegt sein, und wenn das nicht geschieht, geraten sie in die Gefahr zu verkommen.

Ich glaube, wir brauchen unser christliches Menschenbild, um Antworten auf die Fragen zu finden, wie Freiheit bewahrt

Zum anderen muß, wer ein friedliches, freundliches Miteinander von Ausländern und Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland sichern will, den Zuzug von Ausländern aus Staaten außerhalb der EG begrenzen. Denn wir sind ein dicht besiedeltes Land, in das Deutsche aus der DDR ebenso wie aus der Sowjetunion, aus Polen und Rumänien kommen.

Angesichts dessen kann die Zahl der hier lebenden Ausländer nicht uferlos steigen. Wer Ausländerfreundlichkeit will, muß wissen, daß jede Gesellschaft, jedes Volk Grenzen der Integrationsfähigkeit hat. Wer diese Grenzen nicht in sein Handeln einbezieht, der handelt unverantwortlich. Er meint vielleicht, richtig zu handeln unter dem Gesichtspunkt, daß alle Menschen gleich sind, daß wir ihnen als Christen Barmherzigkeit schulden. Aber er wird ein schlechtes Ergebnis ernten. Er wird keine gerechte Ordnung, sondern soziale Spannungen und Spannungen zwischen Deutschen und Ausländern ernten.

Hilfe für die Länder der Dritten Welt

Für das Thema Gerechtigkeit und ihrer Verwirklichung heißt das: Wir müssen leisten, was wir leisten können. Aber wir dürfen uns nicht in idealistischer Schwärmerei Dinge vornehmen, daran scheitern und dann das Gegenteil erreichen.

Gerechtigkeit in der Welt zu verwirklichen, heißt auch, stärker an den internationalen Diskussionen teilzunehmen. Aber dies nicht nach der Art, wie sie sich heute noch bewegen, im Schneckentempo.

Wir werden bereit sein müssen, Ordnungen zu schaffen, die fairere Entwicklungsmöglichkeiten für die armen Länder ermöglichen.

Wir werden ihnen dabei Entwicklung und Fortschritt auch nicht ersparen können und ersparen dürfen. Wir müssen ihnen helfen, diese Entwicklung voranzutreiben, wofür wir nicht mehr soviel Zeit haben: Einmal angesichts des Bevölkerungswachstums und zum anderen an-

gesichts der Tatsache, daß wir ihnen die technischen und wissenschaftlichen „Segnungen“ etwa in Gestalt der Mittel für die Ausbeutungsprozesse in den Tropenwäldern, schon geschickt haben.

Hilfe für die Länder der Dritten Welt kann andererseits nicht heißen, sie zu bevormunden. Sie werden alle ihren eigenen Weg finden müssen. Patentrezepte gibt es dafür nicht, auch nicht in der Bibel.

Und um das Verhältnis von Glaubensfragen und praktischer Politik an einem weiteren Beispiel zu zeigen: Wir haben begriffen, daß unsere Umweltprobleme globaler Natur sind. Klar ist auch, daß wir global eine größere Verantwortung haben, weil es auf der Welt Arme und Reiche gibt, und weil wir die Reicheren sind. Die Bewahrung der Schöpfung wird daher vorrangig eine Aufgabe der nördlichen Hemisphäre sein. Dies auch schon deshalb, weil das Interesse von Ländern, die den Hunger zu bekämpfen haben, nicht gerade die Bekämpfung von Umweltproblemen sein wird.

Sie ist aber – wie immer sie vonstatten gehen mag – eine Frage praktischer Politik, eine Frage der besten praktischen Lösung. Sie ist keine Glaubensfrage. Im Sinne praktischer Politik gilt die empirische Erfahrung: Je höher der wirtschaftliche Entwicklungsstand ist, um so höher ist auch das Niveau umweltschützender Bemühungen. Das aber heißt umgekehrt, daß es keinen Sinn hat, entsprechend dem grünen Patentrezept die Wirtschaft kaputt zu machen. So lösen wir Umweltprobleme nicht, sondern bewirken das Gegenteil. Deshalb bedarf es des technischen Fortschritts ebenso wie wirtschaftlichen Wachstums, um die Mittel zu erwirtschaften, die für die Bewahrung der Schöpfung erforderlich sind.

Wir werden einen großen und in Zukunft mit Sicherheit einen noch größeren Teil unseres Wohlstandes zur Lösung der Umweltprobleme einsetzen müssen, und zwar weltweit. Das mag zwar dem Verursacherprinzip widersprechen. Aber letzteres ist eine Formel, die gut klingt, und sich in Parteitags-

beschlüssen gut macht, aber die für die Lösung der Probleme international nicht gut taugt. Denn eine Mark, die in den Umweltschutz investiert wird, löst, wenn sie in der DDR investiert wird, den vielfachen Effekt – auch für unsere Umweltprobleme – aus, als wenn diese Mark hier investiert wird, um etwa die Rauchgasentschwefelung bei uns noch weiter zu treiben. Es gibt das Gesetz des abnehmenden Grenznutzens. Und dieses Phänomen läßt sich auch auf die Dritte Welt übertragen.

Frage der weltweiten Verteilung der Güter

Die Frage, wie wir Gerechtigkeit in der Welt verwirklichen können, hat in den vergangenen Jahren eine neue Dimension erhalten. Es ist nicht mehr nur eine Frage der Menschen untereinander. Es ist auch eine Frage der weltweiten Verteilung geworden, weil die Güter dieser Welt so erbarmungswürdig ungerecht verteilt sind. Wir werden deswegen stärker teilen müssen. Und zwar nicht aus Altruismus, sondern weil sonst der Frieden auf dieser Welt nicht bewahrt werden wird.

Wenn die Verteilungsunterschiede weltweit wieder zunehmen, wenn weiter ein Teil der Menschheit in der nördlichen Hemisphäre in Saus und Braus lebt und mancher nicht mehr weiß, was er mit seinem Wohlstand machen soll, während ein immer größerer Teil der Menschheit hungert, dann wird dieser immer größere Teil der Menschheit nicht für unbegrenzte Zeit sagen: „Aber das Wichtigste ist, daß wir den Frieden bewahren“. Für die Notleidenden wird es noch wichtiger sein, sich von dem Überfluß einen größeren Teil zu holen.

Die Einsicht, daß wir werden teilen müssen, hat nichts mit naivem Idealismus zu tun. Indem wir das Beste des anderen verfolgen, verfolgen wir auch unser Bestes. Das ist auch das Prinzip unserer sozialen Marktwirtschaft, daß wir, indem wir unsere eigenen wirklichen Interessen wahrnehmen, immer zugleich auch das objektiv Vernünftige mit verwirklichen.

Ich glaube, es gibt inzwischen auch die Frage einer Gerechtig-

keit zwischen den Generationen. Dazu gehört auch, daß jede Generation eine Verantwortung dafür trägt, daß es eine nachfolgende Generation überhaupt gibt.

Prinzip Hoffnung

Nun läßt sich einwenden, weltweit sei das Problem ja nicht, daß es zu wenige Kinder gibt, sondern zu viele. Wir aber können Gerechtigkeit weltweit nur verwirklichen, wenn wir uns in der Lage halten, einen Beitrag zur Gerechtigkeit zu leisten. Und deswegen sage ich: Wenn wir soziale Instabilität in der Bundesrepublik Deutschland entstehen lassen, wird unsere Fähigkeit, zur weltweiten Gerechtigkeit etwas beizubringen, geringer werden. Deswegen müssen wir – das ist eine Frage der Stabilität – einen insgesamt organischen Altersaufbau haben.

Wenn man all diese Probleme ansieht, könnte man versucht sein, in Verzweiflung zu verfallen: Aber man könnte ja einfach auch dankbarer werden, und aus Dankbarkeit den Mut schöpfen zu sagen, „Wir wollen weiterhin Freude daran haben, unser Möglichstes zu tun, damit es anderen und uns auch in Zukunft, soweit es an uns liegt, gut und nicht schlechter geht“. Denn ich finde, wir haben in 40 Jahren Bundesrepublik Deutschland eine gute Entwicklung genommen. Und weil wir vor faszinierenden Veränderungen stehen, die mir nicht Angst machen, sondern Hoffnung und Freude, sage ich Ihnen bei allen Ängsten: Ich bin eher für Hoffnung.

Und ich finde, wir sollten auch bei dem Thema Gerechtigkeit nicht bei dem alten römischen Satz stehen bleiben, der Gerechtigkeit mit „summi quique“, „Jedem das Seine“ beschreibt. Vielmehr sollte jeder das Seine beitragen. Und wenn wir dann noch an unseren alten Luther denken und seinen Satz vom Baumpflanzen, dann glaube ich, können wir auf diese Weise am Besten etwas tun, um mehr Gerechtigkeit in der Welt heute verwirklichen zu können.

Ann.:

Auszug aus einem Vortrag von Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble vor dem Evangelischen Arbeitskreis Baden am 11. November 1989 in Freiburg-Littenweiler.

Die Sackgasse in Seoul

Armin Boyens

Die Weltversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen über „Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung“ fand in Seoul/Korea vom 6. bis 13. März 1990 statt. Ist der „konziliare Prozeß“ in eine Sackgasse geraten? Die römisch-katholische Kirche, die am „konziliaren Prozeß“ in Europa teilgenommen und auf der europäischen Versammlung für „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ im Mai 1989 in Basel noch mit 350 Delegierten vertreten war, wird die Verantwortung für die Weltversammlung zum gleichen Thema in Seoul nur 10 Monate später nicht mittragen und keine Delegierten, sondern nur 20 Beobachter schicken. Warum?

Für Marga Bührig, Moderatorin der Vorbereitungsgruppe für die Weltversammlung in Seoul, ist die Distanzierung Roms „unendlich“. Liest man aber das Vorbereitungsdokument für Seoul, das die Verantwortlichen im ÖRK* in Genf erst im Januar 1990 herausgebracht haben, so kann man die Entscheidung Roms schon verstehen. Das Vorbereitungsdokument hat für wichtige Fragen von heute fast nur Antworten von gestern bereit.

Das wird besonders deutlich an der Behandlung des Themas der Weltwirtschaftsordnung. Die bestehende Weltwirtschaftsordnung wird von den Planern in Genf in Bausch und Bogen verdammt. Sie wollen eine neue, eine „gerechte“ Weltwirtschaftsordnung. Wie soll diese aussehen? Hier einige Punkte:

1. Die neue Weltwirtschaftsordnung soll „gerecht“ sein. Diese Gerechtigkeit soll darin bestehen, daß gewährleistet wird, daß „die Bedürfnisse der Mitglieder der Gesellschaft befriedigt werden“. Eine bekannte Formel des Sozialismus! – Aber wer sagt, was die „Bedürfnisse“ sind? Der Maharadscha in Indien hat andere „Bedürfnisse“ als der Müllwerker in Magdeburg. An anderer Stelle ist die Rede von den „Grundbedürfnissen“, die zu befriedigen seien. Ein Hinweis darauf, daß nicht die Menschen selber ihre Bedürfnisse festsetzen dürfen, sondern daß ihnen „Grundbedürfnisse“ zugestanden werden sollen.

Wer aber setzt die „Grundbedürfnisse“ fest? Die Antwort des Sozialismus ist bekannt: die Gesellschaft. In der sozialistischen Praxis läuft dies darauf hinaus, daß die Regierung

Löhne, Preise, Mieten und überhaupt den gesamten Bedarf aller festsetzt. Sie muß alles planen. Dazu ruft sie die notwendige Planungsbürokratie ins Leben, die alles und jedes festsetzt, regelt, überwacht, damit auch alles „gerecht“ zugehe. Voraussetzung für eine in diesem Sinne „gerechte Weltwirtschaftsordnung“ wäre also eine gigantische Weltplanungsbürokratie.



Dr. Armin Boyens: Vorbereitungsdokument hat für Fragen von heute fast nur Antworten von gestern bereit

Was sozialistische Planung im nationalen Maßstab sich geleistet hat, zeigt in diesen Tagen Osteuropa. Die Freiheit der Menschen war beseitigt, die Leistungsbereitschaft abgetötet, die vielgepriesenen sozialen Leistungen waren potemkinsche Dörfer (man denke nur an die katastrophale medizinische Unterversorgung in den verstaatlichten Krankenhäusern!). Die sozialistische Planung hat eines mit Sicherheit erreicht: sie hat das Leben erstickt.

2. Die „neue Weltwirtschaftsordnung“ der ökumenischen

Planer für Seoul soll dadurch gerecht sein, daß die vorhandenen Güter und Geldmittel „gerecht verteilt“ werden. So sollen z. B. „alle Zinsgewinne mit 10 % besteuert werden, weil man mit diesem Geld einen „Sonderfonds zur Bekämpfung der Schuldenkrise“ bilden will. Auch die Idee der „Umverteilung“ ist ein bekanntes sozialistisches Gerechtigkeitsmodell.

Aber alle Versuche, „gerechte Verteilung“ zu erzwingen und mit Hilfe einer Planungs- und Überwachungsbürokratie in die Praxis umzusetzen, sind gescheitert. Warum? So wie die Menschen nun einmal sind, wird eine bloße Umverteilung nur bewirken, daß es allen schlechter geht, die Armen eingeschlossen, zu deren Vorteil umverteilt wird, weil der Leistungsanreiz und dadurch bedingt die notwendigen Investitionen fehlen.

3. Die „neue Weltwirtschaftsordnung“ des ÖRK kann nicht gerecht sein, weil sie das Leistungsprinzip verteufelt. Dabei wäre es dringend nötig, durch Leistungsanreize, Wettbewerb und Gewinnmaximierung die vorhandene Menge an Gütern und Kapital zu vermehren. Einfach deswegen, weil die Weltbevölkerung sich vermehrt, und zwar explosionsartig vermehrt. Dieses Bevölkerungswachstum geben die Genfer Planer auch zu, nur ziehen sie daraus nicht die entsprechenden Konsequenzen. Im Gegenteil, sie fordern, daß „kein Mensch seinen Wohlstand vermehrt, bevor die Grundbedürfnisse aller erfüllt sind“. Das aber bedeutet Stagnation. Weiter konstruieren die Autoren in Genf einen Gegensatz zwischen der sozialen Funktionsfähigkeit einer Wirtschaftspolitik und ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit, wenn sie fordern „eine Wirtschaftspolitik sollte in erster Linie sozial funktionsfähig und erst dann finanziell leistungsfähig sein“. Dabei bringt jeder Tag Beweise dafür, daß die sozialistischen Wirtschaftssysteme und ihre Wirtschaftspolitik deswegen, weil sie finanziell nicht leistungsfähig sind, auch nicht sozial funktionsfähig sind.

Die Bewohner der ehemals sozialistischen Länder, ihre Machthaber eingeschlossen, sehen die finanzielle Leistungsfähigkeit der Staaten des freien Westens, erwarten von diesen Staaten wie selbstverständlich Hilfe, die Sowjetunion eingeschlossen, damit sie selber auch finanziell leistungsfähig und dadurch auch sozial funktionsfähig werden, und zwar so sozial funktionsfähig, wie es die sogenannten nichtsozialistischen Länder sind. Sie alle wollen am liebsten heute noch ihre Wirtschaft von der Planung befreien und die „soziale Marktwirtschaft“ des Westens einführen.

Spielen solche Tatsachen für die Planer in Genf keine Rolle? Warum hängen sie dann dem Gedanken eines „frommen Sozialismus“ nach?

Das Bestehende verbessern!

Kritik am Vorbereitungsdokument des ÖRK für Seoul bedeutet nicht, sich mit der bestehenden Weltwirtschaftsordnung abzufinden. Im Gegenteil. Sie ist zweifellos verbesserungsbedürftig. Die Frage ist nur, wie solche Verbesserungen aussehen könnten.

Die Ordnung einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft hat in den 40 Jahren ihres Bestehens bewiesen, daß sie in der Lage ist, immer wieder Lösungen für neu auftretende wirtschaftliche Probleme moderner Industriegesellschaften zu finden. Ihre Überlegenheit gegenüber allen anderen Wirtschaftsmodellen wird heute auch von denjenigen anerkannt, die sie einst bekämpft haben. Was liegt also näher, als zu versuchen, die Prinzipien und Strukturen einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft, die sich im nationalen Rahmen bewährt haben, auf Weltmaßstab zu übertragen und zu versuchen, eine soziale und ökologische Weltmarktordnung zu entwerfen? – Leider ist von solchen Denkmöglichkeiten im Vorbereitungsheft für Seoul nichts zu lesen.

Problematische Bundesschlüsse

Schlimmer als die Unterlassung weiterführender Denksätze ist etwas anderes. Auf der kommenden Weltversammlung in Seoul soll nicht nur diskutiert, sondern auch bekannt werden. Aussagen zur „neuen Weltwirtschaftsordnung“, wie sie im Vorbereitungsheft stehen, sollen Gegenstand von sogenannten „Bundesschlüssen“ werden. Was heißt das? Zum Beispiel wird der Satz von der 105%igen Steuer auf alle Zinsgewinne eingeleitet mit der Formel: „Dafür geloben wir, uns einzusetzen und unsere Kirchen zu veranlassen, sich ebenfalls einzusetzen“.

Die Delegierten sollen sich also verpflichten, ebenso wie die durch sie vertretenen Kirchen, sich für einen „frommen Sozialismus“ einzusetzen. Was wird dies für einen Delegierten oder eine Kirche aus Osteuropa bedeuten, die mit dem real existierenden Sozialismus gebrochen haben?

Überhaupt ist zu fragen, ob Aussagen über eine vernünftige Wirtschaftsordnung Gegenstand des christlichen Bekenntnisses sein können. Der Theologe Dietrich Bonhoeffer beantwortet diese Frage mit Nein.

„Der Gedanke, daß die Kirche über eine christliche Lösung aller weltlichen Probleme prinzipiell verfüge und sich nur noch nicht die Mühe darum gegeben habe, ist besonders im angelsächsischen Denken verbreitet. ... Jesus beschäftigt sich so gut wie gar nicht mit der Lösung weltlicher Probleme. Sein Wort ist nicht Lösung, sondern Erlösung. ... Die Verkündigung der Kirche an die Welt kann immer nur Jesus Christus im Gesetz und Evangelium sein“.

Nach Bonhoeffer ergibt sich für die Kirche aus dieser theologischen Grundeinsicht eine doppelte Aufgabe: „Sie wird einerseits abgrenzend negativ in der Autorität des Wortes Gottes solche Wirtschaftsgesinnungen oder -formen als verwerflich erklären müssen, die den Glauben an Jesus Christus offensichtlich hindern“. Beispiele: die Ablehnung der Ausbeutung der Menschen durch den stalinistischen Sozialismus. „Andererseits wird sie (die Kirche) positiv nicht in der Autorität des Wortes Gottes, sondern nur in der Autorität des verantwortlichen Rates christlicher Fachleute ihren Beitrag zu einer Neuordnung geben können“. Falsch ist also in unserem Falle, wenn eine bestimmte Wirtschaftsordnung oder Elemente einer angestrebten Wirt-

schaftsordnung, wie z. B. die Umverteilung zum Gegenstand von Bundesschlüssen mit Gott und d. h. von Bekenntnissen gemacht werden.

„Beide Aufgaben sind streng zu unterscheiden“, sagt Dietrich Bonhoeffer. Im Vorbereitungsdokument für Seoul werden aber gerade beide Aufgaben in unzulässiger Weise miteinander vermischt.

Die Autorität von Erklärungen des ÖRK

Warum drängen die Planer des ÖRK so auf Bundesschlüsse, auf kirchliche Bekenntnisse zu einer „neuen Weltwirtschaftsordnung“? Sie wollen offensichtlich eine größere Verbindlichkeit der Aussagen ökumenischer Weltkonferenzen erreichen. Diesem Ziel sollte ursprünglich der Konzilsgedanke dienen. Als die Idee eines Konzils am Einspruch der orthodoxen Mitgliedskirchen des ÖRK und am Widerstand der römisch-katholischen Kirche scheiterte, erfand man in Genf die Idee der Bundesschlüsse. Mit Hilfe der Mechanik von „Bundesschlüssen“ zu allen möglichen Themen hofft man die angestrebte Verbindlichkeit doch noch hereinholen

zu können. Offensichtlich kennen diejenigen, die so denken, die Verfassung des ÖRK nicht, die klare Aussagen zur Autorität von Erklärungen des ÖRK bereits getroffen hat.

In der Satzung des ÖRK Absatz IX, 2 heißt es: „Wenn solche Erklärungen auch als Ausdruck des Urteils der Betroffenheit einer so weithin repräsentativen christlichen Gemeinschaft große Bedeutung und großen Einfluß haben, so besteht doch ihre Autorität nur in dem Gewicht, welches sie durch die ihnen innewohnende Wahrheit und Weisheit selber haben, und die Veröffentlichung solcher Erklärungen kann nicht bedeuten, daß der Ökumenische Rat irgendeine verfassungsmäßige Gewalt über die ihn konstituierenden Kirchen oder das Recht, für sie zu sprechen, hat oder haben kann“.

Das gilt für Erklärungen einer Weltversammlung des ÖRK in Seoul ebenso wie für irgendwelche „Bundesschlüsse“.

Anm.:

Der Autor dieses Beitrags ist Militärdokant a. D. und war Exekutivsekretär im Stab des Ökumenischen Rates der Kirchen von 1961 bis 1966.

* ÖRK = Ökumenischer Rat der Kirchen. ■

Frieden als Ziel der Politik

Werner Münch

„Frieden als Ziel der Politik“ – eine Formulierung, die wir alle vielfach gehört haben. Ist dieses Ziel nur leicht zu beschreiben, oder auch leicht zu erreichen? Die Geschichte der Menschheit bis hin zur Aktualität in der Gegenwart zeigt uns: Die Schrecken von Krieg und Gewalt und die Sehnsucht des Menschen nach Frieden sind wohl nicht voneinander zu trennen. Peking, El Salvador, Ungarn und Polen, Prag, die DDR, Ost-Berlin und Bad Homburg sind dafür exemplarische Beweise.

Was sind die wesentlichen Gedanken und Forderungen beim Thema „Frieden als Ziel der Politik“?

Ich möchte sechs nennen:

1. Frieden heißt zunächst einmal: In Frieden leben mit sich selbst, den Mitmenschen und mit Gott. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es der Pflege von Einsichten und Tugenden, die bestenfalls durch politische Rahmenbedingungen gefördert werden können, aber von jedem einzelnen persönlich praktiziert und ge-

lebt werden müssen.

2. Frieden darf nicht allein ein Zustand ohne Krieg und Gewalt sein. In einem Zustand des Friedens gilt das Recht, und die Menschen sind frei von Unterdrückung, Not und Furcht. Die Errungenschaft der griechischen Philosophie war die Freiheit, das Wesen des römischen Rechts, die Ordnung. Dazu kam die Menschenwürde als besonderer Wert des Christentums. Nur auf der Grundlage von Freiheit, Recht und Menschen-



Prof. Münch: „Frieden ist keine Selbstverständlichkeit.“

würde kann Frieden entstehen und gedeihen. Etwa 2/3 der Weltbevölkerung leben unter Regimen, die diese Rechte nicht achten.

3. Papst Johannes XXIII. hat einmal vier Voraussetzungen für den Frieden formuliert:

1. Wahrheit:

Es dient nicht dem Frieden, sagt er, wenn man Terrorakte verharmlost, Gewalt nicht beim Namen nennt und Aggressoren nicht als solche bezeichnet.

2. Gerechtigkeit:

Die Gerechtigkeit äußert sich in der Achtung und Ehrfurcht vor jedem Menschen, vor seiner Würde über alle Rassen und Klassen, Nationen und Weltanschauungen hinweg.

3. Freiheit:

Wo die Freiheit bedroht ist, ist der Frieden bedroht. Menschliches Leben kann sich nicht in Unfreiheit entfalten.

4. Liebe:

Frieden wird verwirklicht, wo Menschen und Völker nicht gegen- oder nebeneinander, sondern miteinander leben. Soweit Papst Johannes XXIII.

4. Schon Augustinus hat davon gesprochen, daß sich das Gute nicht von allein in der Welt behauptet. Deshalb haben er und andere Kirchenlehrer und Theologen nach ihm eine Theologie des Notwehrrechts und der Verteidigung von Frieden und Recht entwickelt. Das Leben in Frieden und Freiheit bedeutet eine besondere Verantwortung. Beides bedarf des Schutzes, solange es von anderen bedroht wird. Gerade die letzten Wochen zeigen uns wieder deutlich, wie sich die Idee der Freiheit Bahn bricht.

Jede Politik von Gewalt und Unterdrückung wird die Menschen auf Dauer nicht davon fernhalten können, sich für das Ziel von Frieden und Freiheit einzusetzen. Frieden ist dabei nicht nur eine Aufgabe der internationalen Politik, sondern das Friedensgebot gilt auch für die innere Ordnung eines Staates.

5. Es gibt viele Wege, die im staatlichen Handeln zum Frieden führen. Alle möglichen Wege müssen definiert und ausgelotet werden: Die Verteidigungsbereitschaft, die Strategie der Kriegsverhütung, eine Politik der Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung und Rüstungsminderung, Anstrengungen zur Minimierung von Gewalt und Gewaltandrohung sowie ständige Suche nach besseren Alternativen. Die Herausforderung für uns Christen besteht darin, zur Schaffung oder Erhaltung von Frieden an einer Politik mitzuwirken, die sich an Grundwerten und Grundsätzen des Christentums orientiert. Die Verantwortung gegen-



Weltversammlung in Seoul ohne konkrete Hoffnungen beendet

über Gott, den Menschen und der Schöpfung muß dabei Mittelpunkt sein. Und

6. Frieden ist also nicht nur eine staatliche, sondern für

jeden einzelnen eine persönliche politische Aufgabe. Der Christ muß bereit sein, an der Erreichung dieses Zieles mitzuwirken. Diese Bereitschaft muß mit

Katholische Kirche sieht sich in ihrer Distanz zur Weltversammlung bestätigt

Heinrich Basilius Streithofen

In Seoul tagte vom 6. bis 12. März die Weltversammlung des Weltkirchenrates für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung. Ein Konzil im Sinne des Moralisten und Welttheologen Carl-Friedrich von Weizsäcker war es nicht. Gott lob! Der Vatikan war gut beraten, nur 20 Beobachter zu entsenden. Prälät Wilhelm Schätzler, Leiter des Sekretariats der (katholischen) Deutschen Bischofskonferenz in Bonn, begründete die offizielle Abwesenheit der katholischen Kirche so: „Der ökumenische Weltrat der Kirchen, der die Weltversammlung ausrichtete, ist keine Kirche, sondern eben nur ein Rat, der seine Mitgliedskirchen nicht bindend verpflichten kann. Es wird jeder einzelnen Mitgliedskirche des ÖRK überlassen sein, in welcher Form sie sich die Ereignisse der Weltversammlung aneignen will.“

Hätte die katholische Kirche sich offiziell an der Weltversammlung beteiligt, „dann wäre sie als einzige mit ihrer vollen Autorität als Kirche an diesem Geschehen“ beteiligt gewesen, „selbst dann, wenn sie nur 50 Delegierte nach Seoul entsandt hätte“. „Dies ist keine Beteiligung auf der

Ebene gleicher Rechte und gleicher Pflichten.“ Diese mehr formal kirchenrechtliche Betrachtung ist richtig. Sie wird noch bestätigt durch den praktischen Verlauf der Konferenz und den soziologischen, wirtschaftlichen und theologischen Unsinn, der dort vorgebracht wurde. Zu recht stellt selbst die linksorientierte deutsche Presse fest, daß Welttreffen sei gescheitert. Was wurde hier nicht gesagt und gefordert...

... Es gibt keine vollkommene Ordnung, nicht im Staat, nicht in der Wirtschaft, nicht in der Gesellschaft. Es gibt weder den „homo sapiens consumens“ noch den „homo sapiens producens“. Zum christlichen Wertdenken – von Paulus, Augustinus, Thomas von Aquin und Martin Luther bis heute – gehört das Wissen einer gestörten Vernünftigkeit des Menschen. Dieses Wissen zwingt zu Kompromissen. Diese Welt ist christlich-katholischem Verständnis vom Gesetz der Fehlerhaftigkeit, theologisch formuliert, der Sündhaftigkeit des Menschen beeinflusst. Sie ist ein sittliches Phänomen, das jede Politik berücksichtigen muß und auch jeder Theologie.

(aus: idea)

der Einsicht in die eigene Unvollkommenheit und Unzulänglichkeit verbunden sein. Eine „heile Welt“ wird immer eine phantastische Utopie bleiben.

Unser Bundespräsident, Richard von Weizsäcker, hat in seiner bedeutsamen Rede vom 8. Mai 1985 hierzu gesagt: „Wir lernen aus unserer eigenen Geschichte, wozu der Mensch fähig ist. Deshalb dürfen wir uns nicht einbilden, wir seien nun als Menschen anders oder besser geworden. Es gibt keine endgültige errungene moralische Vollkommenheit – für niemanden und kein Land! Wir haben als Menschen gelernt, wir bleiben als Menschen gefährdet. Aber wir haben die Kraft, Gefährdung immer von neuem zu überwinden.“

„Am Anfang war das Wort“, so heißt es an einer herausragenden Stelle eines bedeutsamen und uns Christen bekannten Buches. Wir müssen darauf achten, wie wir dieses Wort behandeln und wozu wir es einsetzen: Ist es demütig oder hochmütig, anerkennend oder vernichtend, ist es befreiend oder todbringend, ist es wahrhaft oder ist es verlogen, ist es ermunternd oder ist es erniedrigend, ist es menschlich oder wahnsinnig, wirkt es wie ein Lichtstrahl oder wie ein tödlicher Pfeil?

Der Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels 1989, der tschechische Bürgerrechtler und politische Dramatiker Vaclav Havel, Initiator und einer der bedeutendsten Repräsentanten der Bürgerrechtsbewegung Charta 77, hat bei der Preisverleihung solche Fragen und seine Rede unter das Motto gestellt: „Das Wort – ein Pfeil“. Bemühen wir uns, daß unser Wort kein Pfeil, sondern immer ein Baustein des Friedens ist. Frieden ist keine Selbstverständlichkeit, sondern eine tägliche Aufgabe. Gerade der Christ muß an der persönlichen und politischen Gestaltung dieses Zieles mitwirken.

Ann.:

Prof. Dr. Werner Münch ist Mitglied des Europäischen Parlamentes. Der Beitrag stammt aus seiner Adventspredigt in der Katholischen Kirchengemeinde St. Johann, Osnabrück.

Mit DDR-Bürgern im Gespräch:

Geistige Grundlagen unserer freiheitlichen Ordnung deutlich machen

Albrecht Martin

Wenn Sie diese Zeilen lesen, liegt der 18. März 1990 und die erste freie Wahl in der DDR gerade hinter uns, und wir können nur hoffen, daß diese Wahl zu klaren politischen Verhältnissen geführt hat und daß wieder Vertrauen in die Zukunft bei unseren Landsleuten in der DDR einkehrt.

Erlebnisse aus den Tagen des Wahlkampfes, Beobachtungen und Erfahrungen sind weitgehend uninteressant geworden. Festgehalten verdient, daß starke und gut organisierte Parteien eine wichtige Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie in unserer Zeit sind (das denen ins Stammbuch, die von Basisdemokratie reden und allzu oft die Herrschaft kleiner Kader meinen).

„Unser Land, aber auch die politischen Parteien werden ihr Koordinatensystem ändern, sie werden insgesamt protestantischer, nördlicher und östlicher ausgerichtet sein.“

Volker Rühle,
Generalsekretär der CDU

Wichtiger aber als alles ist dies, was in persönlichen Gesprächen an Hoffnungen und Ängsten, an Erwartungen und Sorgen deutlich wurde. Es ist die Grundlage unserer zukünftigen Arbeit, nicht zuletzt im EAK der CDU/CSU.

Überraschend war für mich zu erfahren, wie stark kommunistische Vorstellungen Eingang gefunden haben in Denken und Sprache auch von Menschen, die zu keiner Zeit in ihrer Ablehnung des Marxismus wankend geworden waren. Daß die Soziale Marktwirtschaft weder mit Kapitalismus noch mit reiner Marktwirtschaft gleichgesetzt werden darf, muß erst mühsam begriffen werden. Die geistigen Grundlagen unserer freiheitlichen Ordnung müssen deutlich gemacht werden; daß

das nicht selbstverständlich ist, deutet auf ein Versäumnis unsererseits hin!

Vertrauen in die Zukunft wecken

Immer wieder wurde im Gespräch die Sorge laut, daß in einer am wirtschaftlichen Erfolg orientierten Gesellschaft die menschliche Nähe verloren gehe, die man in den zurückliegenden Jahren so beglückend erfahren habe. Fragt man dann nach, so wird von Erlebnissen berichtet, die eben nur in einer Welt der Unfreiheit und der Rechtsunsicherheit möglich sind: daß man in einem Kreis offen miteinander reden kann, hat unter der Herrschaft des Staatssicherheitsdienstes einen ganz anderen Stellenwert als in einer Atmosphäre der Freiheit. Im kleinen Kreis über ein Buch zu sprechen, das zu besitzen unter Herrschaft der SED gefährlich war, hatte im Sommer vergangenen Jahres einen ganz anderen Stellenwert als heute.

Bisweilen wurden auch die „sozialen Errungenschaften“ genannt, die es in der DDR gebe. Wenn man dann nach konkreten Leistungen fragt, bleibt meist wenig übrig, weil man die Kosten nicht berücksichtigt hat, die mit den angeblichen Leistungen immer verbunden waren oder noch sind.

Man muß erst lernen, daß kein Staat der Welt soziale Leistungen gewähren kann, die jeder Bürger nicht vorher – und meist sehr teuer – bezahlt hat; übrigens müssen das auch viele bei uns wieder lernen!

Ich nahm am Friedensgebet in Erfurt teil, am ersten, das nicht mit einer Demonstration endete. In der großen Predigerkirche versammelten sich etwa 25 Gemeindeglieder. Es ist für die Christen in der DDR nicht ganz leicht zu begreifen, daß



„Allianz für Deutschland“ will den Sozialismus abschaffen

ohne ihr tapferes Bekennen und Beten die Veränderungen vom Herbst vergangenen Jahres wohl nicht möglich gewesen wären, daß aber nun die Hunderttausende nicht zu Betern geworden sind.

Herausforderung der säkularisierten Gesellschaft

Die Gemeinde, die sich der Herausforderung der totalitären Ideologie ausgesetzt sah, muß sich nun der Herausforderung der säkularisierten Gesellschaft stellen. Das Evangelium ist hier wie dort göltig und wirkungsmächtig.

Schließen will ich mit einer ganz persönlichen Anmerkung. Es ist ein herrliches Gefühl der Befreiung, die alte Grenze, an der nur noch äußerliche Zäune stehen, zu überschreiten ohne jenes Gefühl der Beklemmung, das mich früher befiel. Die Wartburg grüßt herüber, und man kann hin – ohne Kontrollen! Und im Dom zu Erfurt braucht der Führer seine kritischen Anmerkungen nicht mehr zu verschlüsseln.

Ich möchte mir dieses Gefühl des Glückes und der Dankbarkeit erhalten, denn die wichtigsten Wünsche und Hoffnungen, die ich im politischen Bereich – außer der Bitte um Frieden – hatte, sind in Erfüllung gegangen.

Forck empfiehlt Übernahme von Erfahrungen der DDR-Kirchen

München. Die evangelische Kirche in der Bundesrepublik sollte sich nach Ansicht des Ost-Berliner Bischofs **Gottfried Forck** häufiger zu politischen Entwicklungen äußern. „Das Evangelium, das wir zu verkünden haben, reicht hinein in alle Bereiche, auch in die gesellschaftlichen und politischen“, sagte Forck am Donnerstagabend, 1. Februar, in einem Interview des Bayerischen Fernsehens. Die EKD könne von den Kirchen in der DDR in dieser Hinsicht „daraus ein wenig lernen und für sich übernehmen“.

Dadurch ecke man zwar bei jedem Staat an, „aber das ist nicht der Maßstab dafür, ob es richtig oder falsch ist“, sagte der Bischof. Ohne dieses Engagement für gesellschaftliche Veränderungen hätte die evangelische Kirche in der DDR kein solches Echo in der Bevölkerung gehabt.

Die staatliche und die kirchliche Einheit in Deutschland sind nach Auffassung des Ost-Berliner Bischofs eng miteinander verbunden. Die Kirchen im Ost- und Westteil Deutschlands müßten die in den Jahren der Trennung gesammelten Erfahrungen einbringen und miteinander besprechen. Als Bereicherung, die die DDR-Kirche in eine Gemeinschaft mit der Evangelischen Kirche in Deutschland einbringen könnte, nannte Forck unter anderem die Erfahrungen mit der „Christenlehre“, die von der Kirche anstelle des Religionsunterrichts erteilt werde. (aus: epd)

Kurz notiert

Katholikentag in Berlin – Beitrag aus der DDR

Der unter dem Leitwort „Wie im Himmel so auf Erden“ vom 23.–27. Mai 1990 in Berlin stattfindende Katholikentag rechnet mit viel Beteiligung der Katholiken aus der DDR, sowohl als Mitwirkende wie als Teilnehmer.

Die Berliner Bischofskonferenz hat die Katholiken aus der DDR zu diesem Katholikentag eingeladen. Diese veränderte Situation stellt den Katholikentag vor zusätzliche organisatorische Aufgaben und finanzielle Aufwendungen. Hinzu kommt, daß den Teilnehmern aus der DDR ein kostenfreier Besuch des Katholikentages ermöglicht werden muß. Aus diesem Grund werden Teilnehmer des Katholikentages aus der Bundesrepublik Deutschland darum gebeten, neben ihrem Teilnehmerbeitrag auch noch eine Solidaritätsspende zur Verfügung zu stellen. Doch es muß davon ausgegangen werden, daß auch damit die noch sehr erheblichen Kosten, die die zusätzliche Teilnahme der Katholiken aus der DDR verursacht, nicht in vollem Umfang abgedeckt werden kann. Deshalb werden alle gebeten – auch die Unternehmen der Wirtschaft –, durch eine großzügige Spende bei der Erbringung dieser nicht vorhersehbaren Aufgaben zu helfen.

Wenden Sie sich an das **Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, Hochkreuzallee 246, 5300 Bonn 2**. Jede Spende ist hilfreich, Spendenquittungen werden übersandt.

Gewalt in der Familie

Bonn. Für die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland stand schon im vergangenen November fest: Das Problem des Schutzes von Frauen und Mädchen vor Gewalt und sexuellem Mißbrauch wird von den Kirchen „weitgehend verdrängt“. Das Diakonische Werk will dieses Defizit nicht länger stehen lassen. Die Evangelische Konferenz Familienhilfe befaßte sich jetzt in Bonn bei einer Tagung, an der Erzieher, Sozialarbeiter und

-pädagogen, Wissenschaftler und Psychologen teilnahmen, mit der Gewalt in der Familie.

Walther Specht vom Diakonischen Werk sieht familiäre Gewalt auf vier Ebenen: Gewalt und Mißhandlung zwischen Partnern, Gewalt der Eltern gegenüber Kindern, die Gewalt unter Geschwistern sowie die Gewalt von Kindern gegen Eltern. Vor allem zu diesem Komplex lägen bislang kaum konkrete Erkenntnisse vor, räumt er ein: „Da tappen wir noch im Dunkeln.“

Weitgehend in der Tabuzone bewegt sich laut Specht das Problemfeld des sexuellen Mißbrauchs von Kindern. Auch hierzu sind die Forschungen dürftig. Registriert in der Kriminalstatistik werden jährlich rund 2000 Fälle. Daß es sich dabei um die „Spitze eines Eisbergs“ handelt, wie in dem Gewaltgutachten vermutet wird, ist weitverbreitete Meinung. Über die Dunkelziffer, die zwischen 20000 bis eine halbe Million Kindesmißhandlungen pro Jahr schwankt, gibt es nur Spekulationen.

Ingrid Kellermann-Klein von „Kobra“ in Stuttgart, einer evangelischen Beratungsstelle für sexuell mißbrauchte Mädchen, spricht von dem „bestgehüteten Geheimnis“. Opfer sexuellen Mißbrauchs sind nach ihren Angaben in drei Vierteln der Fälle Mädchen, und bei den Tätern handelt es sich fast ausschließlich um Männer. „Die Mehrzahl aller sexuellen Ausbeutungen findet im Schoß der Familie statt.“ Betroffen seien vor allem die autoritätsgläubigen, angepaßten und braven Kinder. Denn gewarnt würden Kinder nur vor „Fremden“, nicht vor Verwandten oder gar dem Vater. Auch räumt sie mit dem landläufigen Vorurteil auf, wonach sexueller Mißbrauch von Kindern ein Schichtenproblem ist: „Sexueller Mißbrauch kommt in allen Schichten vor, in der Mittelschicht ist es leichter zu verheimlichen.“

... Warum die Kirche bislang das Problem der Gewalt in der Familie „übersah“, hängt nach Meinung von **Lisa Weidle** vom

Diakonischen Werk auch damit zusammen, daß die Kirche an den Emanzipationsbestrebungen der Frauen kaum beteiligt war. Deutlicher urteilt Frau Hurel: „Die Kirche hält ein nicht mehr vorhandenes Familienbild hoch.“ Ein Ergebnis der Tagung steht für Walther Specht fest: Die Diakonie muß sich verstärkt diesem Problem stellen.

(Rainer Clos, in: epd)

Umfassender Empfehlungskatalog zur Verhinderung von Gewalt

Bonn. Einen umfassenden Empfehlungskatalog hat die „Unabhängige Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt“ in einem in Bonn veröffentlichten Gutachten zur Gewaltproblematik in der Bundesrepublik vorgelegt. Die Eindämmung von Gewalt in Familie, Schule, in Stadien, auf Straßen und Plätzen sowie von politisch motivierter Gewalt erfordere Kurskorrekturen zu einem parteiübergreifenden kriminalpolitischen Gemeinschaftsprogramm, erklärte Professor **Hans-Dieter Schwind**, Vorsitzender der Kommission. Leitgedanke dabei müsse der Vorgang von Hilfe vor Strafe sein.

Ausdrucksformen der Gewalt in der Familie sind nach Ansicht der Kommission in erster Linie Kindesmißhandlungen, deren Dunkelziffer auf 20000 bis 500000 pro Jahr geschätzt wird, sowie Mißhandlungen von Frauen in einer Größenordnung zwischen 100000 bis zu einer Million Fälle jährlich. Um den „Kreislauf der Gewalt“ zu verhindern, fordert die Kommission unter anderem ein Verbot der körperlichen Züchtigung, einen Straftatbestand gegen Vergewaltigung und sexuelle Nötigung in der Ehe, eine flächendeckende Elternberatung, den Abbau von sozialen Streßfaktoren sowie den Ausbau des Opferschutzes. In diesem Zusammenhang werden ein Melde-recht für Ärzte, die Einrichtung von Notrufen, der Ausbau von Kinderschutzzentren und die Unterstützung von Frauenhäusern befürwortet.

Das Ausmaß der Gewalt in Schulen läßt sich nach Angaben der Kommission daran ablesen, daß für die Schadensbeseitigung jährlich mehr als 120 Millionen

Mark aufgewendet werden müssen. Um den Schulvandalismus einzudämmen, werden eine Förderung der Identifikation mit der Schule durch eine Stärkung des „Wir-Gefühls“ von Lehrern und Schülern, die Verringerung der leistungsbedingten Schulfrustration, Ausweitung des Sportunterrichts sowie Rückbesinnung auf den Erziehungsauftrag der Schule empfohlen.

Die „Gewaltkommission“ war auf Beschluß der Bundesregierung vom Dezember 1987 eingesetzt worden. Ihr gehören 36 Mitglieder an, überwiegend Wissenschaftler und Praktiker.

(aus: epd)

Religionszugehörigkeit in Europa

Nur jeder 5. der ca. 320 Millionen EG-Bürger (21,8 %) gehört einer protestantischen oder anglikanischen Kirche an. Der Anteil der Katholiken beträgt 62,3 %. In Belgien (1 % Protestanten), Irland (3,7 %), Italien (0,8 %), Luxemburg (1,1 %), Portugal (1,1 %) und Spanien (0,3 %) ist die Bevölkerung fast vollständig katholisch und in Frankreich (1,5 % Protestanten) zu rd. 80 %. In Griechenland sind 98 % der Bevölkerung in der orthodoxen Kirche. In zwei Staaten gibt es ein leichtes katholisches Übergewicht: in den Niederlanden sind 40,4 % katholisch und 36,6 % protestantisch, in der Bundesrepublik Deutschland beträgt das Verhältnis 43,5 zu 42,5 %. Nur in zwei Mitgliedstaaten der EG gibt es eine protestantische bzw. protestantisch/anglikanische Mehrheit: in Dänemark (98 %) und Großbritannien (57 %). Insgesamt 35 Millionen EG-Bürger (= 11,1 %) machten keine Angaben zu ihrer Religionszugehörigkeit oder zählten sich zu Sekten und Splittergruppen.

Allein in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich und in Griechenland leben über 4 Millionen Moslems. Der Anteil der Juden an der EG-Bevölkerung beträgt 0,4 %; die meisten von ihnen, ca. 1,1 Millionen, leben in Frankreich und Großbritannien. (Alle Zahlen nach einer Meldung aus Brüssel/Wetzlar im Jahre 1986.)

Büchermarkt

Rolf Italiaander (Hrsg.): Bewußtseins-Wandel. Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 1989.

Aus dem Werk stellen wir den einleitenden Teil des Beitrages von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl vor.

Helmut Kohl: Bewahrung und Erneuerung.

Erfolg in der Politik setzt voraus, daß der politisch Handelnde glaubwürdig ist. Der Politiker muß dabei einen schwierigen Balanceakt vollbringen: Er weiß, daß er sich einerseits nicht grundsätzlich gegen die Tendenzen der Zeit stemmen kann; andererseits muß er sich jedoch davor hüten, opportunistisch dem Zeitgeist hinterherzulaufen und jede Modetorheit mitzumachen, die vordergründig Beifall verspricht. Dazu ist jeder verpflichtet, der in der Verantwortung steht – und dies gilt zumal für jene, die den Amtseid abgelegt haben, Schaden von ihrem Volk abzuwenden.

Wer Verantwortung für das Ganze übernommen hat, muß die Erfordernisse des Tages klar beim Namen nennen und für seine Lösungsvorschläge auch offensiv werben. Vor allem darf er nicht versäumen, auch auf Probleme aufmerksam zu machen, die erst langfristig Wirkung entfalten und die sich in der Gegenwart dem unmittelbaren Erlebnishorizont vieler Bürger entziehen. Ich erinnere an die großen, bevorstehenden Umbrüche in der Weltwirtschaft, an das bedrückende Gefälle zwischen der nördlichen und der südlichen Hemisphäre, an die Sicherung eines grenzüberschreitenden Umweltschutzes oder an die Veränderungen in den Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Es ist aber auch notwendig, dort auf Probleme hinzuweisen, wo andere einfach wegschauen – ich erinnere an ein Thema wie den Schutz des ungeborenen Lebens.

Im ungünstigsten – doch leider seltenen – Fall kann die Politik sich auf ein geschärftes Problembewußtsein in der Öffentlichkeit stützen. Meist aber wird die Dringlichkeit nur weniger Themen anerkannt; andere, ebenso wichtige, bleiben in der

Diskussion unberücksichtigt. Dies alles hat viel mit dem Bewußtseinswandel zu tun, der heute allgemein diagnostiziert wird.

1989 feierte die Bundesrepublik Deutschland ihren 40. Geburtstag. Die Geschichte unseres Staates umfaßt eine Zeitspanne, in der eine neue Generation herangewachsen ist, die nicht mehr Krieg und Diktatur aus eigener Anschauung kennt. Es ist eine Generation, die nichts anderes kennt als Frieden, Freiheit und wirtschaftliche Prosperität. Dies prägt das Bewußtsein – und die Reaktionen auf diese Stabilität unserer Republik fallen ganz unterschiedlich aus.

Zunächst gab es den Hunger nach neuen Ideen, nach Wandel und Modernität. Ich selbst habe dies sehr stark empfunden und galt damals als „Rebell“ in der eigenen Partei. Ausdruck dieser Zeittendenz ist die Politisierung des öffentlichen Lebens in den fünfziger und sechziger Jahren mit ihren großen und leidenschaftlich geführten Debatten. Doch auch hier gab es Übersteigerungen, deren Folgen heute all jenen zu schaffen machen, die in Staat und Gesellschaft Verantwortung tragen:

Der Versuch – gerade auch Mitte der sechziger Jahre –, alle Lebensbereiche – und seien sie noch so privat oder gar intim – zu politisieren, sowie der darauffolgende „Macher“-Geist, der grenzenlose „Planarbeit“, „Effizienz“, „Perfektion“ und „Systematik“ auf seine Fahnen schrieb, mußten zu Enttäuschungen führen. Das Scheitern der theoretischen Gesellschaftsentwürfe und der übertriebenen Hoffnungen, die damit verbunden wurden, förderten die Tendenzen zum Abstandhalten von allen öffentlichen Belangen.

Es folgte eine Renaissance der Konzentration auf das Nahliegende, Überschaubare. Problematisch daran ist zunächst, daß dieser Pendelschlag so heftig ausgefallen ist. Das hat leider Tradition in der deutschen Geistesgeschichte. Der Rückzug ins Private, den wir gegenwärtig erleben, und die Flucht in den materiellen Konsum, die Teil sind des Bewußt-

seinswandels in unserer Republik, passen schlecht zur globalen Verantwortung, die wir tragen.

Auf Engagements der jüngeren Bürger angewiesen

Denn die Folge ist, daß nach den übertriebenen Hoffnungen auf die optimale Reglementierung aller Lebensbereiche Politik nunmehr als Abfolge „fauler Kompromisse“ abgetan wird. Dies macht es für den Politiker schwer, der Normalität zu ihrem Recht zu verhelfen und die Einsicht für die Dringlichkeit zukünftiger Aufgaben zu fördern – wie auch um Verständnis dafür zu werben, daß dieser Staat auf das Engagement gerade auch der jüngeren Bürger angewiesen ist. Verallgemeinernde Kritik an der Politik und mangelnde Bereitschaft, sich konkret für das Gemeinwesen einzusetzen – das paßt nicht zusammen.

Zum Bewußtseinswandel gehört auch der rasche Themenwechsel, gekoppelt mit der zunehmenden Neigung, nur wenige Themen wahr- und ernst zu nehmen. Die verbreitete Sättiertheit in unserer Gesellschaft und das „Null-Tarif-Denken“ geben den Aufgeregtheiten des Tages einen Stellenwert, der völlig unangemessen erscheint, wenn man sie mit den drängenden Fragen vergleicht, die eines Tages unseren Kindern und Enkeln auf den Nägeln brennen werden. Auch hier tritt der Bewußtseinswandel einer Generation zutage, die nach Sensation und Neuheiten dürstet und eigentlich schon alles gesehen hat.

Leider fördern die Medien diese Tendenzen noch, indem sie Politik als Nervenkitzel und Massenunterhaltung präsentieren, was ihr in keiner Weise gerecht wird. Wenn die schrillen Töne, die den Meinungsmarkt schnell beherrschen, die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland mehr und mehr in Atem halten, wird es immer schwieriger, Politik als friedlichen Ausgleich unterschiedlicher Interessen, als vorsichtiges Austarieren der Gewichte zu betreiben. Dies fördert auch die Lust am Extrem. Das sollte keinen Befürworter politischer Vernunft gleichgültig lassen: Mangel an „common sense“ führt zu Politikunfähigkeit.

Schon heute gibt es bedenkliche Tendenzen von „links“ und „rechts“, die Gegenwart abzuwerten zugunsten einer verklärten Vergangenheit oder einer verheißungsvollen Zukunft. Auch hier führt gedankliche Bequemlichkeit – wenn man bedenkt, mit welch schwammigem Programm beispielsweise die radikale Rechte Wahlerfolge erzielen kann – zur Auszehrung der politischen Mitte. Die Bundesrepublik Deutschland kann sich kein Erstarken der Befürworter von rechts- oder linksradikalen Scheinalternativen leisten, die den notwendigen Kompromiß zugunsten vermeintlich eindeutiger Zukunftsentwürfe abwerten und sich als „dritte Kraft“ – ohne empirisch umsetzbare Programmatik – zu profilieren suchen...

Robert Stupperich: Otto Dibelius, ein evangelischer Bischof im Umbruch der Zeiten. Unter Mitarbeit von Martin Stupperich, etwa 704 Seiten mit etwa 24 Abb., Leinen, ISBN 3-525-55414-1, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.

Otto Dibelius spielte während dreier entscheidender Epochen unseres Jahrhunderts eine maßgebliche Rolle innerhalb der evangelischen Kirche. Sein Ziel war es, die Entwicklung der Kirche zur selbständigen und lebendigen Volkskirche, aber auch zur Versöhnungsmacht in zwischen den Völkern in G zu bringen. Wichtige Impulse erhielt er durch die frühe Begegnung mit der Ökumene, vor allem seit der Stockholmer Weltkonferenz 1925 und seiner Begegnung mit Nathan Söderblom.

Schon diese Erfahrungen führten Dibelius konsequent in die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus, den er als Frucht des modernen Säkularismus betrachtete. Es gelang ihm, eine beeindruckende Tätigkeit für die Bekennende Kirche mit Weitblick für die kirchenpolitischen Notwendigkeiten der Nachkriegszeit zu verbinden. Diese Befähigung prädestinierte Dibelius für Spitzenämter in der evangelischen Kirche der Nachkriegszeit: das Berliner Bischofsamt und den Vorsitz des Rates der EKD.

Edwin H. Robertson: Dietrich Bonhoeffer, Leben und Verkündigung. Etwa 320 Seiten, ISBN 3-525-55417-6, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen

Ein neuer Zugang zu Dietrich Bonhoeffers Leben. Ausgesprochen neue und interessante Perspektiven ergeben sich aus der Sicht des Verfassers, der als Nicht-Deutscher frei von den Verstrickungen dieser dunklen Zeit der deutschen Geschichte zu klaren und oft auch überraschenden Urteilen kommt. Bonhoeffers Wirkung auf die Generationen nach dem Krieg reicht weit über die Grenzen Deutschlands hinaus.

Besonderes Augenmerk richtet der ihm nahestehende Verfasser auf seine Predigtstätigkeit und seine öffentlichen Äußerungen. Dies soll den Zugang zu dem Menschen Bonhoeffer unmittelbarer als in der stärker akademischen Beschäftigung mit seinem Leben ermöglichen.

als ein zusammenhängendes Ganzes hervor. Als besonders wesentlich für seine lebenslange theologische Entwicklung und sein menschliches Selbstverständnis erweisen sich seine Schriften aus der Haft, seine Briefe und Gedichte.

Lothar Gassmann: Frieden in Gerechtigkeit durch Welteinheit? Basel '89 und der „konziliare Prozeß“, 96 Seiten, Verlag der Liebenzeller Mission, Bad Liebenzell 1989.

Die Europäische Ökumenische Versammlung, die als Meilenstein des „konziliaren Prozesses“ im Mai 1989 in Basel stattfand, ist Gegenstand dieser Veröffentlichung von Lothar Gassmann, der bekannt ist als biblisch orientierter Theologe und Beobachter moderner Zeitströmungen. Er bietet neben einer persönlichen Berichterstattung eine kritische Analyse der Vorträge und des Schlußdoku-

Verband Christlicher Lehrer und Lehrerinnen e. V.

Wochenendtagung
„Naturwissenschaft – Glaube – Verantwortung“

25. – 27. 5. 1990

Heimvolksschule Rastede, Oldenburg

Anmeldung und Programm:

Verband Christlicher Lehrer und Lehrerinnen e. V.,

Gerh.-Muntink-Straße 18, 2900 Oldenburg, Tel.: 04 41/4 56 00

So zeigt sich, daß Bonhoeffer eine viel weitere Bedeutung als nur für die Theologie und die Geschichte der NS-Zeit hat: er tritt dem Leser als wirklicher Mensch entgegen, voller Zweifel und Rätsel und doch auch seines Weges und seiner Berufung gewiß, ein Mensch, dessen Leben und Denken eng miteinander verflochten sind.

Seit seinen frühesten Lebensjahren hat ihn der Gedanke an den Tod nicht losgelassen. Seine Prägung durch die Jahre des Ersten Weltkriegs, den Versailler Vertrag, der Eindruck, den die schwarzen Kirchen Amerikas, das Aufkommen des Nationalsozialismus und die Diskriminierung und Verfolgung der Juden auf ihn gemacht haben, seine Beteiligung am kirchlichen Widerstand und an der Verschwörung gegen Hitler treten

ments der Baseler Versammlung. Die durch zahlreiche Zitate gestützte Untersuchung prüft nach, ob „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ am Ende des „konziliaren Prozesses“ stehen.

Ausgewogene Hinweise des Verfassers auf eine Alternative aus biblischer Sicht, Stellungnahmen des „Theologischen Konvents der Konferenz Bekennender Gemeinschaften“ und des Schweizer Bundes der „Freien Evangelischen Gemeinden“ zum „konziliaren Prozeß“ sowie ein wertvoller Beitrag von Prof. Wilhelm Hahn, Kultusminister a. D., über „Hintergründe und Folgen der Politischen Theologie“ runden dieses informative, aufrüttelnde und hilfreiche Buch ab.

Gespräch über die „Kirche in der DDR“ mit Bundesminister a. D. Werner Dollinger

Bonn. Die evangelischen Kirchen in der DDR, ohne deren aktive Unterstützung die friedliche Revolution in der DDR nicht zustande gekommen wäre, haben noch große Aufgaben vor sich. Davon ist Bundesminister a. D. **Werner Dollinger** überzeugt. Der 71jährige CSU-Politiker, der dem Deutschen Bundestag seit 1953 angehört, ist seit vielen Jahrzehnten in der Kirche aktiv. So ist der Volkswirt Mitglied der Synode der EKD und der bayerischen Landeskirche. Außerdem amtiert er als stellvertretender Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der Unionsparteien. Zum Jahresende will sich Dollinger aus der aktiven Politik zurückziehen, um noch mehr Zeit für seine kirchlichen Verpflichtungen zu haben. Über aktuelle Fragen der Kirche in der DDR sprach **K. Rüdiger Durth** mit dem CSU-Politiker.

Durth: Um die DDR steht es ja gegenwärtig nicht zum Besten. Große Hoffnungen richten sich auf die evangelische Kirche...

Dollinger: ... zu Recht. Denn die Kirche in der DDR hat durch ihren Einsatz für die friedliche Revolution ein ungewöhnliches Ansehen gewonnen. Jetzt wird es darauf ankommen, daß sich diese Haltung auch ganz allgemein in der Gesellschaft der DDR auswirkt.

Durth: Wie könnte das geschehen?

Dollinger: In der DDR hat es sich nur zu deutlich gezeigt, daß ein Volk ohne Gott, daß eine Staatsführung ohne Gott nicht zum Segen für die Menschen ist.

Durth: Schaut man sich die entstehende Parteienlandschaft in der DDR an, dann hat überall die evangelische Kirche irgendwie die Finger mit im Spiel...

Dollinger: ... was aber nichts daran ändert, daß sie sich bei aller Verantwortung für das Allgemeinwohl wieder zurückziehen muß. Fortan sollen die Parteien das politische Leben in einer demokratisch gewordenen DDR bestimmen. Das wird zwar einzelnen Pfarrern schwerfallen, aber ich bin überzeugt, daß dies die Überzeugung aller Kirchen ist. Denn die Kirche muß für alle Menschen da sein.

Durth: Ist es vor diesem Hintergrund gut, daß sich so viele Pfarrer in den unterschiedlichen Parteien engagieren, Führungsaufgaben übernehmen und wohl auch am 18. März für das erste frei gewählte Parlament kandidieren werden?



Dollinger: Das muß man aus der aktuellen Situation sehen und verstehen. Die Pfarrer und viele führende evangelische Laien sind die einzigen, die gegenwärtig in der DDR politisch nicht vorbelastet sind und deshalb Vertrauen genießen. Und da es nicht viele solcher Menschen in der DDR gibt, die gleichzeitig auch Führungsaufgaben übernehmen können, tritt man an die Pfarrer heran. Das ist aber auch nicht gefährlich.

Durth: Und wann wäre es gefährlich?

Dollinger: Wenn sich die evangelische Kirche in der DDR parteipolitisch engagieren würde.

Durth: Muß in dieser angespannten Situation die Kirche über den Parteien stehen?

Dollinger: Unbedingt. Die Kirche muß für alle da sein, gerade auch jetzt. Und ihre seelsorgerische Tätigkeit kann behindert werden, wenn sich ihre Pfarrer gleichzeitig parteipolitisch betätigen.

Durth: In der DDR gibt es die Besorgnis, daß es nach dem 18. März zur großen Abrech-

nung kommt mit den Menschen, die der alten Regierung und der SED angehört haben.

Dollinger: Diese Gefahr sehen viele und das Ergebnis wäre schlimm. Die DDR braucht Versöhnung und so wird es die Aufgabe der Kirche sein, die Versöhnung unermüdlich zu predigen und eine Teilung der Bevölkerung zu verhindern.

Durth: Herr Dollinger, gefragt ist gegenwärtig vor allem praktische Hilfe – wohl auch für die Christen und die Kirchengemeinden drüben.

Dollinger: Wichtig ist, daß wir uns noch mehr als bislang gegenseitig besuchen und stärken.

Kirche sichtbar bleiben. Und damit sie es bleibt, müssen ihre Gebäude und Türme auch renoviert werden.

Durth: Und wie sieht es mit der Volksmission aus?

Dollinger: Sie ist – im ganz weiten Sinn verstanden – wohl das Wichtigste überhaupt. Denn auf dem Gebiet der DDR ist nun schon seit 1933 gegen die Kirche agitiert worden, hat man Wert darauf gelegt, die Jugend nicht mehr christlich zu erziehen, setzt man das Elternhaus unter Druck. Das alles bleibt nicht ohne Wirkung. Deshalb müssen die Kirchen eine Offensive für

14. „Bonner Theologisches Gespräch“

Kirche und Kultur Brauchen wir einen neuen Kulturprotestantismus?

Prof. Dr. Henning Schröder, Universität Bonn

Montag, 26. März 1990, 19.00 Uhr

Konrad-Adenauer-Haus, Kleiner Saal, Bonn 1

Das gilt für die einzelnen Christen, aber selbstverständlich auch für die Gemeinden und Kirchenkreise, die ja in der Vergangenheit schon viele Partnerschaften eingegangen sind. Diese müssen jetzt noch verstärkt werden.

Durth: Zahlreiche Kirchen müssen für viel Geld renoviert werden. Sollte man dies nicht vorerst zurückstellen zugunsten anderer Hilfen?

Dollinger: In den zurückliegenden zehn Jahren hat die EKD etwa 500 Millionen DM für die Kirchen in der DDR aufgebracht. Das ist eine Summe, auf die wir stolz sein können – zumal in ihr all die vielen Beträge der Landeskirchen und Gemeinden ja noch nicht enthalten sind. Nun zu Ihrer konkreten Frage: Man soll das eine tun, ohne das andere zu lassen. Die vielen vom Verfall bedrohten Kirchen müssen renoviert werden. In erster Linie für die Gemeinden selber. Aber ist nicht die Kirche, der Glockenturm in einer weithin atheistischen Gesellschaft ein wichtiges Zeichen für eine andere wichtigere Welt, eine Infragestellung der Gottlosigkeit unserer Tage? So gesehen muß die

den Glauben starten – in der Schule, in der Jugendarbeit, in der Gesellschaft. Dazu könnten notfalls auch Pfarrer in die DDR entsandt werden.

Durth: Wie beurteilen Sie die Ost-CDU, zu der die westlichen Unionsparteien teilweise noch auf Distanz gehen?

Dollinger: Vor allem dürfen wir nicht übersehen, daß die DDR ganz überwiegend evangelisch geprägt ist. Und wir müssen aufpassen, daß sich in der DDR nicht der Eindruck festsetzt, die bundesdeutschen Unionsparteien seien letztlich nichts weiter als katholische Parteien. Wir müssen deshalb sehen, daß die Union in der DDR viele evangelische Christen gewinnt, die aktiv in ihr mitarbeiten. Sonst ist die Gefahr groß, daß eines Tages in einem wiedervereinigten Deutschland mit einer mehrheitlich protestantischen Bevölkerung die SPD als die evangelische Partei gilt.

Durth: Wir danken für das Gespräch.

(aus: idea)

Aus unserer Arbeit

Kircheneinsatz für Opposition und Gewaltlosigkeit gewürdigt

Gunzenhausen. Die evangelischen Kirchen in der DDR sollen nach Ansicht des mittelfränkischen Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CSU mit dem Friedensnobelpreis 1990 ausgezeichnet werden. In einem Schreiben an Alfred Dregger, den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, bittet der Bezirksverband die Unionsfraktion, den evangelischen Kirchenbund der DDR für die Auszeichnung vorzuschlagen.

Die Kirchen hätten durch Friedensgebete und die Öffnung ihrer Räume die Oppositionsgruppen gegen „heftige Widerstände des Staates“ unterstützt. Auch sei der friedliche Verlauf der Demonstrationen ihren eindringlichen Mahnungen zur Gewaltlosigkeit zu verdanken. Ausdrücklich erwähnt wird in dem Brief, daß die Kirchen während des Umbruchs die „bisherigen Machthaber vor Gewalt in Schutz genommen“ hätten.

(aus epd)

Leben in Ängsten – Geschäfte mit Ängsten

Hannover. Unter der Leitung Frau **Katja Hädickes**, Vorstandsmitglied des EAK Hannover-Stadt, diskutierten über dieses Thema mit einem großen Zuhörerkreis **Dr. Pflüger**, ehemals Pressereferent des Bundespräsidenten, Pastor **Biallas**, Beauftragter der Hannoverschen Landeskirche für Weltanschauungsfragen, und **Dr. med. Strahl**, Ratsherr der Landeshauptstadt Hannover.

Durch die modernen Massenkommunikationsmittel werden die Ängste frei Haus geliefert und dadurch vergrößert. Die ganze Welt wird immer komplexer, undurchschaubarer und ist nicht mehr zu verstehen. Dagegen haben alle alten Werte in ihrer Bedeutung abgenommen, wie z. B. das Leben in der Familie, in der Kirchengemeinde. An die Stelle des Glaubens ist der Titanismus getreten. Dadurch werden viele Menschen mit ihrer Angst nicht mehr fertig. Typisch menschlich ist die Flucht

davor in falsche Welten (Drogen, Alkohol, Sekten, Esoterik usw.) oder in Problemverweigerung und unangebrachten Optimismus.

Aus vielerlei Gründen werden Ängste geschürt und verstärkt: Politiker schüren sie, um Wahlstimmen zu bekommen, Medien, um Auflagen oder Zuschauerzahlen zu erhöhen, Sekten, um ihre Mitgliederzahlen zu vergrößern und Macht über die Menschen zu bekommen. Nicht umsonst steht heute der Okkultismus in voller Blüte. Darin drückt sich ein lebensgefährlicher Verlust der Hoffnung aus.

Seelsorge am Menschen als Aufgabe

Pinneberg. „Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA) – wer kennt ihn und was sind seine Aufgaben“ war das Thema einer Informationsveranstaltung des EAK, des Wirtschaftsrates der CDU und des Arbeitskreises CDU – 2000. Der Leiter des KDA in der Nordelbischen Kirche, Herr Pastor **Kirschstein**, gab über diesen Wirkungsbereich der Kirche einen umfassenden und bedenkenswerten Einblick.

Der KDA versteht seine Arbeit als Seelsorge an Menschen, die gerade in der Woche Gespräch nötig haben; vielfach durch unterschiedliche Arbeitsbelastungen. Diese seelsorgerlichen Gespräche werden sowohl mit Arbeitnehmern als auch mit Firmenchefs geführt, oft mit beiden Seiten, vor allem dann, wenn schwierige Entscheidungen über Personalreduzierungen anstehen.

In heutiger Zeit findet Kirche – so Pastor Kirschstein – nur am Sonntag statt. Da aber die Menschen selbst sonntags immer weniger die Gottesdienste aufsuchen, muß die Kirche den Weg zu den Menschen suchen. Nur so ist es möglich, sich mit den vielfältigen Problemen in der Arbeitswelt kundigzumachen. Um dem Seelsorgeauftrag gerecht zu werden, plädierte Pastor Kirschstein für leises Auftreten. Laute Aktionen seien hier fehl am Platze. Naturgemäß lasse sich nicht vermeiden, daß der KDA in seinem Wirken auch mit der

Politik in Berührung komme. Die Tätigkeit des KDA zwingt zur Einmischung, wenn man helfen wolle.

Ein Problem, mit dem auch der KDA zu ringen habe, sei die Rationalisierung in der Kirche. Er müsse sehr aufpassen, daß ihm die vorhandenen Stellenpläne nicht gestrichen werden. Die Arbeit könne der KDA nur aufrecht erhalten, wenn ihm ausreichend Personal zur Verfügung stehe.

Der EAK im CDU-Kreisverband Pinneberg hält derartige Informationsgespräche mit kirchlichen Organisationen für nützlich und hilfreich. Sie sollen in regelmäßigen Abständen freigesetzt werden.

Konziliarer Prozeß im Blickpunkt

Königswinter. Im Mittelpunkt der diesjährigen Tagung des Arbeitskreises Theologie stand der „**Konziliare Prozeß für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung**“. Unter diesem Stichwort laufen zur Zeit auf allen Ebenen der Kirche Veranstaltungen, Versammlungen und Aktionen. Vorläufiger Höhepunkt wird die Weltversammlung in Seoul im März sein, zu der der Ökumenische Rat der Kirchen aufgerufen hat. Anlaß genug für den Arbeitskreis Theologie im EAK, seiner Tagung über den Stand des „konziliaren Prozesses“ zu informieren und ihn kritisch zu beleuchten.

Dr. Wolfgang Böhme führte aus einer pointiert kritischen Sicht in das Thema ein. Er wies auf die verschiedenen Anstöße zum „Konziliaren“ auf der letzten Vollversammlung des ÖRK in Vancouver 1983 und auf dem Düsseldorfer Kirchentag 1985 hin, um auf die unterschiedlichen Beweggründe aufmerksam zu machen: das Friedensengagement der evangelischen Christen in beiden Teilen Deutschlands das Umweltengagement der Öko-Gruppen und der Nord-Süd-Konflikt, der von den jungen Kirchen in der 3. Welt thematisiert wird. Alle drei Strömungen spiegeln sich in den Stichworten „Frieden“, „Gerechtigkeit“ und „Bewahrung der Schöpfung“ wieder. Dr. Böhme arbeitete anhand der

Schlußdokumente der bisherigen Treffen zum „Konziliaren Prozeß“ in Stuttgart und Basel sowie anhand des 1. Entwurfes für das Schlußdokument der Weltversammlung in Seoul die grundsätzlichen theologischen und ethischen Probleme des „Konziliaren Prozesses“ heraus:

- die Spannung zwischen einer an biblischen Normen orientierten Gesinnungsethik und einer die Folgen des Handelns mitberücksichtigenden Verantwortungsethik;
- das ungeklärte Verständnis des Reiches Gottes (innerweltlich oder zukünftig-eschatologisch zu verwirklichen?);

- Pazifismus und Bewertung der Abschreckung seien weiterhin strittig.

- Die Weltwirtschaft sei **keine** Bekenntnisfrage. Folglich können die Kirche keine bestimmte Wirtschaftsordnung empfehlen, sondern nur für die Abstellung von Mängeln eintreten.

- die moderne Technik werde ebenfalls in den Kirchen unterschiedlich bewertet. Es gehe dabei um die Frage: Gibt es eine Alternative zur Technik oder alternative Möglichkeiten der Technik?

Prof. Honecker sah den „Konziliaren Prozeß“ nicht von vornherein negativ. Er mahnte

werde dies durch die ungerechte Güterverteilung zwischen den Industrieländern und der 3. Welt akut. Vor diesem Hintergrund erscheine ein Umdenken bei den Menschen in den Industrieländern als unausweichlich. Die Kirchen seien, so Aigner, gefordert, weil Politiker und Gewerkschaften die damit verbundenen unpopulären Maßnahmen mit Rücksicht auf ihre Wähler und Mitglieder nicht durchsetzen können.

Zum Abschluß der Tagung stellte **Pfarrer Dr. J. Baumgarten** seine Eindrücke aus der Sicht eines im „konziliaren Prozeß“ engagierten evangelischen Theologen dar. Er verwies auf den ökumenischen Kontext des „Konziliaren Prozesses“ hin. Während in Fragen der Trauung und des Abendmahles die Ökumene in die Sackgasse geraten sei, werde sie durch den „Konziliaren Prozeß“ weitergebracht. In Fragen des Friedens, der Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung sei, so Dr. Baumgarten, eine Konvergenz der Positionen evangelischer und katholischer Christen zu beobachten, wie sonst auf keinem anderen Feld der Ökumene. Er sah auch eine breite Übereinstimmung aller Beteiligten in der theologischen Grundlegung, im Schuldbekenntnis der Kirchen und bei den Folgerungen.



EVANGELISCHE KIRCHE UND MENSCHENRECHTE IN ÖSTERREICH

Mittwoch, 21. März 1990, 19⁰⁰ Uhr
Albert-Schweitzer-Haus, Wien 9,
Schwarzspanierstraße 13, Großer Saal

Auf dem Podium:

Dr. Emmerich Fritz, Kirchenkanzler der Evangelischen Kirche A. B.
Oberkirchenrat Pfarrer Mag. Balazs Nemeth, Evangelische Kirche H. B.
Landtagsabgeordnete Karin Landauer, FPÖ
geschäftsführender Gemeinderat Siegfried Legat, SPÖ
Landtagsabgeordneter Mag. Robert Kauer, ÖVP
Gesprächsleitung: Dr. Reinhold Christian

- der Begriff „Ganzheit“: Kann die Kirche die Gebrochenheit der Welt und der Natur heilen?

Dr. Böhme warnte vor dem theologischen Kurzschluß, aus dem einen Willen Gottes die **eine** Handlungsanweisung für den Christen zu folgern. Demgegenüber plädierte Dr. Böhme für eine „fromme Rationalität“, die es ermögliche, unter Christen unterschiedliche politische Auffassungen zu vertreten.

Prof. Dr. Martin Honecker stellte die Grundprobleme des „Konziliaren Prozesses“ aus der Sicht der wissenschaftlichen Sozialethik dar. Er verwies dabei auf die Schwierigkeit einer einheitlichen Bewertung der Treffen in Dresden, Stuttgart, Basel und Seoul.

Die bislang ungeklärten Fragen führte er anhand der Themen „Frieden“, „Gerechtigkeit“ und „Bewahrung der Schöpfung“ auf:

vielmehr die Klärung dieser Problemkreise an. Dies sei nötig, um einen neuen, „linken Fundamentalismus“ im Verhältnis von Glaube und Politik zu vermeiden. Denn vom Glauben her betrachtet, unterstrich Prof. Honecker, sei Politik keine Heilsveranstaltung; es gehe hier nicht um Bekenntnisse, sondern um vernünftige Argumente und Kompromisse!

Jakob Aigner von „Iustitia et Pax“ stellte die katholische Position zum „Konziliaren Prozeß“ dar. Er betonte, daß die Absage der Römisch-Katholischen Kirche für die Weltversammlung in Seoul keine Absage an den „Konziliaren Prozeß“ schlechthin bedeute. Im Gegenteil: Obwohl der Begriff neu sei, sei das Anliegen dahinter uralte. Denn im „Konziliaren Prozeß“ gehe es schlicht darum, daß sich der Mensch in seinem Hochmut nicht über Schöpfung und Mitmensch erheben soll. Heute

Er verwies insbesondere auf das Schlußdokument von Basel, an dem auch die Katholische Kirche mitgearbeitet hat: das bisherige Versagen der Christenheit in Hinblick auf Krieg und Ungerechtigkeit in der Welt werde eingestanden und gleichzeitig der Weg eines engagierten christlichen Beitrages zu den brennenden Fragen unserer Zeit geebnet. Uneinigkeit bestehe, so Dr. Baumgarten, vor allem hinsichtlich der konkreten Schritte zu einer neuen, gerechten Weltwirtschaftsordnung und zu einem neuen Sicherheitskonzept.

Am Ende des Seminars wurden die Konturen des „Konziliaren Prozesses“ für alle Teilnehmer schärfer. Chancen und Probleme konnten klar umrissen werden. Für die Weiterarbeit und das weitere Nachdenken im EAK und in den Gemeinden bot die Tagung zahlreiche Anstöße.

Thomas Berke

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Minister für Bundesangelegenheiten Albrecht Martin, MdL; Bundesminister a. D. Dr. Werner Dollinger, MdB; Staatsminister a. D. Friedrich Vogel, MdB; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Arnulf Borsche ● Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (0228) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis jährlich 16,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

EAK der CDU/CSU · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 5300 Bonn
Postvertriebsstück · F 5931 EX · Gebühr bezahlt

Aus dem Inhalt:

Zukunft für Deutschland Auf dem Weg zur sozialen Einheit	1
Familienunterstützende Einrichtungen – eine kommunalpolitische Aufgabe	2
Mißbrauch von Kindern – Aufklärungsmöglich- keiten und Schutz- maßnahmen	4
Die Gerechtigkeit in der Welt, und wie können wir sie verwirklichen?	5
Die Sackgasse in Seoul	7
Frieden als Ziel der Politik	8
Mit DDR-Bürgern im Gespräch	10
Kurz notiert	11
Büchermarkt	12
Aus unserer Arbeit	14

Unsere Autoren:

Bundesminister
Dr. Norbert Blüm
BMA
Rochusstraße 1, 5300 Bonn 1

Prof. Ursula Männle, MdB
Bundeshaus, 5300 Bonn 1

Anton Pfeifer, MdB
Parl. Staatssekretär BMJFFG
Kennedyallee 105-107
5300 Bonn 2

Bundesminister
Dr. Wolfgang Schäuble
Bundesministerium des Innern
Graurheindorfer Straße 198
5300 Bonn 1

Dr. Armin Boyens
Auf dem Äckerchen 74
5307 Wachtberg

Prof. Dr. Werner Münch
Zur Tonkuhle 15, 2842 Lohne

Albrecht Martin
Staatsminister a. D.
Hugo-Reich-Straße 10
6550 Bad Kreuznach



Freiheit und Einheit – Zukunft für Deutschland

31. Bundestagung · 23.–24. März 1990 · Wuppertal · Uni-Halle

Freitag, 23. März 1990

- 13.00 Uhr Bundesarbeitskreis
(gesonderte Einladung)
Neuwahl des Bundesvorstandes
- 15.00 Uhr Kaffeepause/Pressekonferenz
- 16.00 Uhr Bundesarbeitskreis
(gesonderte Einladung)
- 20.00 Uhr Begrüßung und Eröffnung durch
den **Bundvorsitzenden des
EAK der CDU/CSU**
- 20.15 Uhr **Theologisches Abendgespräch**
„Von der Freiheit eines
Christenmenschen . . .“

Peter Beier

Präses der Evangelischen Kirche im
Rheinland, Düsseldorf

Bundesminister

Dr. Norbert Blüm, MdB

Landesvorsitzender der
CDU Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Oberkirchenrat Martin Kirchner

Generalsekretär der
DDR-CDU, Berlin (Ost)

Christel Lieberknecht,

Stellvertretende Landesvorsitzende der
CDU Thüringen, Erfurt

Bischof Dr. Joachim Rogge,

Bischof der Ev. Kirche des Görtitzer
Kirchengebietes, Görlitz

Leitung: **Friedrich Vogel, MdB**

Stellvertretender EAK-
Bundesvorsitzender

anschließend Empfang

- 9.00 Uhr **Begrüßung**
Dr. Hans-Ulrich Klose, MdL
EAK-Landesvorsitzender NRW,
Düsseldorf

- 9.30 Uhr **Grußwort**
Ursula Kraus, MdL
Oberbürgermeisterin, Wuppertal

- 10.00 Uhr Ansprache des
**Bundvorsitzenden des EAK
der CDU/CSU**

- 10.30 Uhr **Podium:**
„Freiheit – Menschenwürde –
Sozialordnung“

Dr. Horst Anneck

Wirtschaftsrat der CDU, Bielefeld

Dr. Fred Ebeling

Demokratischer Aufbruch, Berlin (Ost)
(Anfrage)

Ulf Fink, MdA

Bundvorsitzender der Sozial-
ausschüsse der CDA, Königswinter

Siegfried Krüger,

Bund der Selbständigen, Berlin (Ost)

Oberkirchenrat **Dr. Ernst Petzold,**
Berlin (Ost)

Leitung: **Klaus Heinemann,**

Rheinische Post

- 12.30 Uhr Mittagspause

- 14.00 Uhr **Ansprache** des
Vorsitzenden der Christlich
Demokratischen Union
Deutschlands,
**Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl**

Samstag, 24. März 1990

- 9.00 Uhr Geistliche Morgenbesinnung
Dr. Gerhard Rödding, Bielefeld

- 16.00 Uhr Schlußwort des
**Bundvorsitzenden
des EAK der CDU/CSU**